



MAGAZIN

FÜR RECHT UND FREIHEIT

DAS MITGLIEDERMAGAZIN DER ATLAS-INITIATIVE

WAKE

INTERVIEW

Vom Versuch, die westlichen Gesellschaften aufzulösen

Acht Fragen an den klinischen Psychologen und analytischen Kinder- und Jugendlichen-Psychtherapeuten **Johannes Heim** zum bedenklichen „Social Engineering“ bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

> SEITE 21

AUSSERDEM IN DIESER AUSGABE:

CO₂ - GEFAHR FÜR UNTERNEHMEN

Eine der größten Bedrohungen der deutschen Wirtschaft verbirgt sich hinter der Parole „CO₂ muss weg“ und dem merkwürdigen Begriff „Decarbonisierung“. Für viele Firmen bedeutet dies das Aus ...

> SEITE 8

„RUNDE GESELLSCHAFT“

Was macht die DNA des Mittelstandes aus? Wo sind die Grenzen des Trag- und Ertragbaren? Wo liegt die Zukunft des Mittelstandes? Die Atlas-Initiative im Gespräch mit unseren österreichischen Partnern ...

> SEITE 16

RASSIST KARL MARX

Der Sozialismus hat immer Fortschritt verhindert. Sobald er an die Macht kommt, gehören für den größten Teil der Menschen Freiheit, Wohlstand und ein gutes Lebensgefühl sehr bald der Vergangenheit an ...

> SEITE 27



„Die Atlas Initiative ist ein parteiunabhängiger Zusammenschluss, der die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung aktiv fördert und unterstützt.“

Mitglieder werben Mitglieder:
www.atlas-initiative.de/mitgliedsantrag

Liebe Mitglieder der Atlas Initiative,



Wir erleben derzeit ein Paradox der Masken. Die Masken fallen, aber nicht beim gegängelten Volk, sondern bei den Epigonen der sozialistischen Macht.

Die Bedrohungslage durch „Covid-19“ ist praktisch nicht mehr existent. Die nach den Regeln der saisonalen Grippe im Sommer auslaufende „Welle“, die jetzt vorliegenden Zahlen zur tatsächlich extrem niedrigen Sterblichkeit (absolut im Rahmen einer normalen Grippe), das offene Eingeständnis, dass es sich bei der angeblichen Überlastung der Intensivstationen um eine Lüge, also um Betrug gehandelt hat, all das wird von der politischen Klasse um Frau Merkel nicht zum Anlass genommen, die mit Lügen erschlichenen Sondervollmachten zurückzugeben und die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen.

Das Bundesverfassungsgericht verweigert derweil seine Wächterfunktion über die vom Grundgesetz garantierten Bürgerrechte. Das ist kein Wunder, ist es doch bis ins Präsidentenamt von den Seilschaften der früheren FDJ-Propagandasekretärin durchsetzt. Dass sein Präsident offenbar eine Schlüsselrolle in der für die Erfindung des Cum-Ex-Steuerbetruges verantwortlichen Anwaltskanzlei spielte, ist da nur noch eine Randnotiz.

Die politische Klasse, rekrutiert durch Negativauswahl aus den Unfähigen und Rückgratlosen, hat auch gar keine andere Wahl, als die Aushebelung der Bürgerrechte zum Dauerzustand zu machen. Dissens und Demonstration sind die einzigen Mittel, um sie in einer straff auf Staatspropaganda getrimmten Medienlandschaft zur Verantwortung und zur Rechenschaft zu ziehen. Das gilt es unter allen Umständen zu verhindern. Machterhalt um jeden Preis ist die Devise.

Das hat sein Schlechtes, aber auch sein Gutes. Was daran soll denn gut sein? Die Antwort ist einfach: Die flächendeckende Propaganda der „öffentlich-rechtlichen“ und der Mainstream-Medien hindert große Teile des Volkes nach wie vor daran, mit selbständigem Denken die logisch zwingenden Schlüsse zu ziehen. Sie können nicht mit Argumenten erreicht werden, weil diese Argumente in der mit Zwangsgebühr-Milliarden erzeugten Lautstärke untergehen und von der Zensur im Internet bei Twitter, YouTube und Facebook abgewürgt werden.

Die Mehrheit der Menschen wird daher nicht von Argumenten erreicht, aber von der Realität eingeholt. Die allgegenwärtige Propaganda und zunehmende Einschüchterung ermöglicht es den Inhabern der Macht aber nicht, aus ihrem intellektuellen Dasein als Minus-15-Watt Birne auszubrechen. Sie werden weiterhin auf den wirtschaftlichen Abgrund zusteuern, darauf

ist Verlass. Die kommende wirtschaftliche Katharsis ist daher der Auslöser der geistigen Katharsis. Die geistige Katharsis ist der einzige mögliche Motor gesellschaftlicher Veränderung und Erneuerung. Deshalb müssen wir es dieser politischen Klasse erlauben, vollkommen und total zu scheitern.

Erst das sichtbare Scheitern der sozialistischen, freiheitsfeindlichen Politik wird einer Mehrheit der Bürger dieses Landes die Notwendigkeit der Veränderung verdeutlichen. Das wird nicht sehr gemütlich. Aber darin liegt unsere Aufgabe: Die geistige und politische Auseinandersetzung für eine Erneuerung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat dann zu bestehen.

Herzlichst, Ihr

Dr. Markus Krall,
Vorsitzender der Atlas Initiative

INHALT

AKTUELLES

Nachrichten und Cartoons 5

REPORT

Auswirkungen des Handels mit CO₂-
Zertifikaten auf Deutschlands Mittelstand 6

RELIGION UND GESELLSCHAFT

Antisemitismus und Islamismus 10

WIRTSCHAFT

Lob des Plastiks 14

DAS GROSSE INTERVIEW

Die DNA des Mittelstandes 16
Umfrage: das große Stimmungsbild 20

TITEL

Vom Versuch, die Grundlagen der
westlichen Gesellschaften aufzulösen 21

MITGLIEDER-KOLUMNE

Was ist Freiheit? 24

ZUR PERSON

Benjamin Mudlack 25

BÜCHER

„The Lost Literature of Socialism“ von George Watson 26

AUFRUF

Es ist Zeit, Initiative zu zeigen! 27

Liebe Freunde und Unterstützer der Atlas-Initiative,



seit einigen Wochen fühlt sich der Sommer fast normal an, könnte man meinen. Restaurant- und Biergartenbesuche sind wieder möglich, der Sommerurlaub kann beginnen. Und doch ist alles anders in dieser Immer-noch- und vielleicht Demnächst-schon-wieder-Corona-

Zeit. Bekommen wir unser Leben zurück, nur weil wir uns impfen lassen? Diese Hoffnung scheint viele in die Impfzentren getrieben zu haben, während zeitgleich die Bedrohung der Delta-Variante und eine etwaige vierte Welle von Seiten der Politik und Medien vorbereitet zu werden scheinen, und aus Ländern wie Großbritannien und Israel die Nachrichten kommen, dass neue Virusvarianten für Geimpfte ebenso ansteckend sein könnten wie für Ungeimpfte.

Überhaupt: Können wir einer Regierung und Medien trauen, die in den vergangenen Monaten nachweislich auf gezielte Panikmache statt auf Aufklärung gesetzt haben, Milliarden in Maskenfehlkäufe und nicht zu rechtfertigende Lockdowns „investiert“ bei der Auslastung der Intensivbettenkapazitäten in Krankenhäusern falsch informiert und vielen Menschen nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch psychischen Schaden zugefügt haben?

Aus der Angstschleife soll es nach politischem Willen wohl kein Entrinnen mehr geben: weder beim Klima noch Corona betreffend. Im krassen Gegensatz dazu sollen wir allerdings

beim Thema Migration ganz sorglos sein und uns mit geradezu kindlicher Naivität über eine „Verbuntung“ freuen, die sich zunehmend als lebensgefährlich für die Aufnahmegesellschaft entpuppt.

Von der Bundeskanzlerin, die für viele neuzeitliche Themen stets Verständnis propagiert, herrscht hier nur: kaltes Schweigen.

Von innen wie außen ist unsere Gesellschaft einer Zerreißprobe ausgesetzt, für die wir ein Gegengewicht und eine Stimme der Vernunft sein wollen.

Lesen Sie in dieser Ausgabe unseres Mitgliedermagazins ausführlich über die Ergebnisse der Mitgliederbefragung, rechtliche Standpunkte zum Thema Migration, die Bedeutung unserer Freiheit aus einem theologisch-philosophischen Standpunkt heraus und noch viel mehr.

Wenn Sie uns dabei helfen möchten, die Atlas-Initiative noch besser zu machen, teilen Sie uns Ihre Ideen und Anregungen per Mail unter newsletter@atlas-initiative mit.

Nur gemeinsam sind wir stark – das gilt auch für die Atlas-Initiative.

Danke für Ihre Treue und Ihr Interesse, herzlichst

Silke Schröder, Vorstandsmitglied der Atlas-Initiative

IMPRESSUM



ATLAS INITIATIVE

Magazin für Recht und Freiheit

Das Mitgliedermagazin der
Atlas – Förderung der Initiative für Recht und Freiheit e.V.
Eschenheimer Anlage 1, 60316 Frankfurt am Main
www.atlas-initiative.de

Herausgeber:

Atlas – Förderung der Initiative für Recht und Freiheit e.V.
Eschenheimer Anlage 1, 60316 Frankfurt am Main
info@atlas-initiative.de
Für den Inhalt der Artikel sind ausschließlich die Autoren verantwortlich.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts

Atlas – Förderung der Initiative für Recht und Freiheit e.V.
vertreten durch den Vorsitzenden des Vorstandes
Dr. Markus Krall

Bildnachweise:

S. 1: Adobe Stock/freshidea · S. 2: Adobe Stock/Sebra · S. 3: Esther Neuman · S. 4: privat · S. 6: privat · S. 7: Adobe Stock/NicoElNino · S. 8: Florian Gardez · S. 11: IMAGO/Jürgen Held · S. 13: Gemeinfrei/John Mayal; www.martinjoppen.de (2) · S. 14/15: Adobe Stock/photka · S. 16: privat · S. 19: privat (2) · S. 21: privat · S. 22: Adobe Stock/Eugenio Marongiu · S. 23: Adobe Stock/motortion · S. 24: Brigitte Stadler · S. 25: privat · S. 27: Gemeinfrei · S. 28: Florian Gardez

Copyright

Das Mitgliedermagazin und alle in ihm enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind für die Dauer des Urheberrechts geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Vereins unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Über die Zeitlupenaufnahme einer Ketchupflasche

Explodierende Rohstoffpreise, Verknappung von Material, extrem lange Lieferzeiten und Rationierungen beim Einkauf von Produktionsmitteln – im Sozialismus üblich, im „kapitalistischen Deutschland“ nie gekannt – das erleben mittlerweile viele. Markus Krall wollte wissen: Wie ist die Lage tatsächlich? Erste erschütternde Ergebnisse.

Inflation ist wie eine Ketchupflasche. Sie schütteln sie und nichts kommt raus. Dann schütteln Sie sie fester und nichts kommt raus. Dann schütteln Sie sie mit aller Kraft und alles kommt auf einmal raus. Die Sauerei ist perfekt. Das wirtschaftliche Äquivalent zum Schütteln der Flasche ist das Drucken von Geld. Sie können es eine ganze Weile drucken und nichts passiert. Das verleitet Sie dann zu dem Irrglauben, dass Sie das straflos einfach immer weiter tun könnten. Um Ihren Kumpels im Zentralbankrat zu beweisen, dass sie gar keine Angst haben müssen, halten Sie sich die Flasche beim Schütteln vielleicht noch grinsend über den Kopf. Was soll schon passieren?

Liebe Zentralbanker, das können Sie alles machen. Sie können auch ein Selfie mit der Inflationsketchupflasche auf die sozialen Medien stellen und uns vorführen, wie sie die immer kräftiger schütteln. Aber wundern Sie sich dann bitte nicht, wenn Sie demnächst aussehen als wären Sie dem 70er Jahre Trashmovie „Angriff der Killertomaten“ entstieg. Denn die Zeitlupenaufnahme des Inflationsgeschehens zeigt: Sie haben es schon lange übertrieben. Die ganze Tomatensoße kommt gerade in Gang. Sie frisst sich von den Rändern der Vermögenswertinflation über die Rohstoffe und langlebigen Güter in die Realwirtschaft hinein. Dieser Prozess ist in vollem Gange. Das weiß seit ein paar Monaten jeder, der irgendetwas mit der Bauwirtschaft zu tun hat.

Aber hier kommt jetzt etwas, das mehr ist als nur „Anekdote-enevidenz“. Es ist noch keine richtige Inflationsstatistik, aber es befindet sich auf halbem Wege dorthin. Es ist eine Sammlung von „Anekdoten“ mit solcher Dichte, dass man schon von einer Stichprobe sprechen kann, die uns erlaubt begründete Hypothesen über die Genese der entstehenden Inflation zu formulieren.

Auf Twitter und Facebook habe ich eine Frage an meine fast 45.000 Follower gerichtet mit der folgenden Formulierung: „Immer mehr Branchen melden explodierende Rohstoffpreise, Verknappung von Material, extrem lange Lieferzeiten und Rationierungen beim Einkauf von Produktionsmitteln, Rohstoffen, etc. Wenn es Ihnen auch so geht, schreiben Sie

mir hier! Welche Branche? Welche Güter werden knapp? Wird rationiert oder zugeteilt? Woher kommen diese Güter? Wie stark steigen die Preise? Wie lange sind die Lieferzeiten? Führt das bei Ihnen zu Kurzarbeit oder gar Schließung?“

Die Reaktion war schnell und überwältigend. In nur drei Tagen erreichten mich über 650 Antworten von Unternehmen, Kunden, Managern, Handwerkern und Bauherren. Das Bild war nur insofern heterogen, als die mitgeteilten Preissteigerungsraten und Lieferzeiten eine gewisse Spreizung aufwiesen, jedoch war die Richtung eindeutig. Auf Basis der 230 Antworten auf Twitter habe ich eine erste quantitative Auswertung gemacht. Sie gibt ein Bild davon, was in den Sektoren Bau, Elektro, Elektronik, Fahrzeugbau, Kunststoffindustrie, Lebensmittel, Logistik, Verpackung, Maschinenbau und Pharma passiert.

Die Hauptstörung des Produktionsprozesses geht offenbar von der globalen und lokalen Logistik aus, wo von Preissteigerungen zwischen 100% und 1500% berichtet wird. Das betrifft insbesondere Container und Frachtraten für den Import, aber auch LKW-Speditionspreise. Die Preissteigerung geht einher mit einer Verknappung der Verfügbarkeit, unbestimmten Lieferzeiten und Stauwirkungen bei der Lagerhaltung. Die Disruption der Lieferketten hat offenkundig das global fein und filigran austarierte System der „just-in-time“ Disposition gründlich erschüttert. Risikopuffer waren und sind nicht vorhanden, die Schockwelle der Coronapolitik pflanzt sich ungefiltert durch die Produktions- und Lieferketten hindurch fort.

Die zweitstärksten Effekte werden aus der Branche berichtet, die wie keine andere von genau diesen globalen Lieferketten abhängig ist, nämlich der Elektronikindustrie. Hier wird von Preiserhöhungen zwischen 12% (Mikrochips) bis 1000% (Mikrocontroller) berichtet, im Schnitt liegen die berichteten Preissteigerungen bei 200%. Schwerpunkte bei Endprodukten sind Grafikkarten (100%), Laptops mit Spezialanwendungen (50%) und Folientastaturen (50%). Auch die avisierten Lieferzeiten der Hersteller sind für diese Nachfrager stark angestiegen, gemeldet wird eine Bandbreite von 8 Wochen (EC-Lesegeräte) bis 68 Wochen für Mikrocontroller und ein Jahr für Messgeräte in der Spezialchemie.

In der Bauwirtschaft werden die Effekte schon seit einigen Monaten beobachtet und führen dort zu Kurzarbeit, Lieferproblemen und einer nicht mehr gegebenen Kalkulierbarkeit von Bauprojekten. Gemeldet werden Preissteigerungen von bis zu 500% für Harze und Lösemittel, 70% bis 170% für Rigips, Türrahmen, Zement und Steine, 100% für Betonstahl,

65% für Stahlgitter, 100% für Silikonspritzguss, 100% für Kabel und Leitungen, Holznormteile und diverse Chemikalien, 200% für Parkett. Die Lieferzeiten sind auf bis zu einem Jahr (OSB Platten und Naturstein) gestiegen, viele Produkte sind gar nicht lieferbar.

Berichtet wird von einem Hersteller von Fertighäusern, der seinen Kunden 20.000 Euro für die Stornierung des Kaufvertrages anbietet, weil er nicht mehr kostendeckend liefern kann.

Bei Kfz- und Fahrzeugbau betragen die Preissteigerungen von einzelnen Zulieferprodukten laut Umfrage zwischen 50% (Kunststoffe) und 100% (Reifen bestimmter Fabrikate und Größen). Problematischer scheinen jedoch nicht die Preissteigerungen zu sein, die dort noch nicht auf breiter Front eingetroffen sind, sondern die Lieferengpässe und -ausfälle. Lieferzeiten von 6 Monaten und Rationierung von Halbleitern haben schon zu erheblichen Produktionsausfällen geführt.

Bei Lebensmitteln, also dem Bereich, der in der offiziellen Inflationsstatistik besonderes Gewicht hat, ist das Bild noch sehr heterogen und die Zahl der Antworten klein. Einzelne Ausreißer sind jedoch auch hier schon unverkennbar: Tee und Kaffee schlagen im Einkauf mit 20% zu Buche, argentinische

Rindersteaks sind angeblich 100% bis 200% teurer als vor einem Jahr. Auffällig sind die Lieferzeiten, die für Lebensmittel mit 8 Wochen sehr hoch sind. Die Effekte konzentrieren sich auf Importware.

Bei Lebensmitteln werden wir wahrscheinlich Effekte in der Breite dann sehen, wenn die um 30% bis 200% gestiegenen Kosten für Verpackungsmaterialien auf die Preisgestaltung der Supermärkte durchschlagen. Von außen nach innen. Das ist der Weg, den sich die Entwertung des Geldes von der Finanz- in die Realwirtschaft frisst. Die EZB hält derweil am „Inflationsziel über 2%“ fest, kündigt an, die Zinsen auf Jahre negativ zu halten und druckt Geld, als gäbe es kein Morgen. Noch sind diese Zahlen nicht ohne großen Research-Aufwand belastbar, aber die Reaktion auf die Umfrage zeigt: Wo Rauch ist, das ist auch Feuer!

Wenn sich die in dieser kleinen Umfrage kondensierte anekdotische Evidenz zu überall spürbarer Statistik mit voll belastbaren Signifikanzwerten verdichtet haben wird, ist es für Gegensteuern lange zu spät. Das ist es wahrscheinlich jetzt schon. Die EZB lebt im Lala-Land. Und Lala-Land ist demnächst abgebrannt. Sie finden die Antworten auf meine Twitterumfrage bei @markus_krall. □ *Dr. Markus Krall*

INTERNET-ÜBERWACHUNG

EU schafft digitales Briefgeheimnis ab

Ab jetzt ist nichts mehr vertraulich und geheim, was in E-Mails und Chats übermittelt wird. Google, Facebook und andere Internetanbieter können private Nachrichten wieder automatisch scannen – und das rechtmäßig. Das EU-Parlament hat einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschiedet. Für die sogenannte „Chatkontrolle“ stimmten 537 Abgeordnete, dagegen 133 und 24 enthielten sich. Damit schafft das Parlament per Eilverordnung Ausnahmen von der Anwendung einiger einschlägiger Bestimmungen der E-Privacy-Richtlinie zum Datenschutz der elektronischen Kommunikation.



Google und Microsoft scannen bereits flächendeckend ohne Verdacht Nachrichten auf Kinder- und Jugendpornografie. Facebook hatte diese Scannen Ende vergangenen Jahres ausgesetzt, will Messenger-Nachrichten aber wieder durchleuchten, sobald das wieder legal ist. Melden die Suchalgorithmen einen Verdacht, werden die Nutzer automatisch bei der Polizei angezeigt, ohne dass die Betroffenen informiert werden. Die Anbieter dürfen auch sogenannte „Künstliche Intelligenz“ nutzen. Die Fehlerquote dieser Verfahren ist allesamt sehr hoch. Sogar Korrespondenzen von Ärzten, Psychologen und Anwälte werden durchleuchtet, obwohl die besonders geschützt sind.

Mit dem europäischen Recht ist das nicht vereinbar, stellt Ninon Colneric fest. Die frühere deutsche Richterin am Europäischen Gerichtshof (EuGH) arbeitete in einem Gutachten heraus, dass die zwei europäischen Gesetzesvorhaben nicht im Einklang mit der Linie der Luxemburger Richter stehen und die Grundrechte aller EU-Bürger auf Achtung der Privatsphäre, auf Datenschutz und auf freie Meinungsäußerung verletzen. Colneric betont: „Zweifelsohne ist die Bekämpfung von Online-Material zum Kindesmissbrauch von größter Bedeutung.“ Doch die Klausel in der EU-Grundrechtecharta,

wonach das Wohl von Kindern bei dieser betreffenden Maßnahme vordringlich in Erwägung zu ziehen sei, bedeute nicht, dass diese Interessen Vorrang vor allen anderen hätten: „Den Rechten des Kindes muss besonderes Gewicht beigemessen werden, aber sie können die Rechte und Freiheiten anderer nicht vollständig verdrängen.“ Der wissenschaftliche Dienst des EU-Parlaments kam in einer eigenen Analyse ebenso

zu einem ähnlichen Ergebnis. Der EU-Abgeordnete Patrick Breyer von der Piratenpartei: „Die Bürger von Europa können nicht akzeptieren, dass die Vertraulichkeit ihrer Kommunikation gefährdet wird, vor allem in Zeiten, in denen digitale Korrespondenz für viele zur Normalität geworden ist und viele in ihrem privaten und beruflichen Leben unverzichtbar geworden ist.“ □

STAATSRECHTLER MURSWIEK

BVG überschreitet Kompetenzen

Das Bundesverfassungsgericht schwinge sich zum verfassungsändernden Gesetzgeber auf und überschreite damit seine richterlichen Kompetenzen. So scharf kritisiert der Freiburger Staatsrechtler Prof. Dr. Dietrich Murswiek den Klima-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März.

Er schreibt in seinem auf dem Online-Portal „FAZ-Einspruch“ veröffentlichten Beitrag: „Mit dem Klima-Beschluss vom 24. März 2021 macht das Bundesverfassungsgericht eine vom Bundestag abgelehnte Verfassungsänderung zum verbindlichen Verfassungsrecht. Es macht sich selbst nicht nur zum klimaaktivistischen Politikantreiber, sondern schwingt sich zum verfassungsändernden Gesetzgeber auf.“

Das Bundesverfassungsgericht habe sehr weitreichende und für die Wirtschaft und die Bürger äußerst kostspielige staatliche Pflichten zur CO₂-Begrenzung beschlossen. Es habe diese Pflichten daraus abgeleitet, dass sich aus dem Grundgesetz (Art. 20a) ergebe, dass aus Gründen des Klimaschutzes nur noch ein „Restbudget“ von 6,7 Gigatonnen zur Verfügung stehe. Das Ziel des Pariser Klimaschutz-Abkommens und des deutschen Klimaschutzgesetzes, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 Grad Celsius und möglichst auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, lasse sich nur einhalten, wenn nach Ausschöpfung des „Restbudgets“ keine Netto-CO₂-Emissionen mehr erfolgten. Diese Begrenzung der CO₂-Emissionen auf ein nationales „Restbudget“, von dem 2030 nur noch eine Gigatonne übrig sein werde, wenn so viel CO₂ emittiert wird, wie nach dem bisherigen Klimaschutzgesetz erlaubt ist, lässt sich nach Auffassung von Murswiek aber

nicht aus dem Grundgesetz ableiten. Das Bundesverfassungsgericht habe im Klima-Beschluss selbst festgestellt, dass aus Art. 20a des Grundgesetzes kein Temperaturziel und auch kein CO₂-Restbudget ableitbar seien. Die Grünen, so Murswiek, hatten 2018 beantragt, den Artikel 20a des Grundgesetzes um folgende Vorschrift zu erweitern: „Für die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich verbindliche Ziele und Verpflichtungen des Klimaschutzes binden alle staatliche Gewalt unmittelbar.“ Der Antrag wurde vom Bundestag abgelehnt.

Das Bundesverfassungsgericht, so Murswiek, mache jetzt mit seinem Klima-Beschluss die von den Grünen beantragte, aber vom Bundestag abgelehnte Verfassungsänderung in ihrem wesentlichen Inhalt zum geltenden Verfassungsrecht. □



Birgit Braun (alias Karikaturistin „Marion“) lebt und arbeitet in der niedersächsischen Fachwerkstadt Celle. Ihre Karikaturen erscheinen u.a. bei „Idea-Spektrum“, der „Jüdischen Rundschau“ und „Celleheute“. Die Inspirationen hierfür springen ihr quasi jeden Tag entgegen.

Zitat: „Nur fünf Minuten Nachrichten reichen aus. Danach vielleicht noch ein Interview mit Baerbock, Spahn oder Lauterbach gesehen und meine Arbeit für eine Woche ist gesichert!“ Außerdem arbeitet sie als bildende Künstlerin, sie liebt klassische Musik, kommt bei Bach, Händel oder Scarlatti ins Schwärmen und spielt in ihrer Freizeit Klavier und Cello.

SAVE THE DATE

Die Atlas Geld-Konferenz

Am **24. und 25. September** findet in Potsdam die **Atlas Geld-Konferenz** zum Thema „Lösungsansätze jenseits des Euro – Die Zukunft unseres Geldsystems“ statt. □



Bäume können ebenso wie Büsche und Gräser nur wachsen, wenn genügend CO₂ in der Atmosphäre enthalten ist. Das Molekül ist das wichtigste Baumaterial der Bäume. Daraus fabrizieren sie in einem sehr komplizierten Prozess mit Hilfe von Sonnenlicht und Wasser Kohlenhydrate, können daraus Stämme, Äste und Blätter entstehen. Diese Photosynthese ist der wichtigste Prozess der Welt. Ohne CO₂ würde er nicht funktionieren

Auswirkungen des Handels mit CO₂-Zertifikaten auf Deutschlands Mittelstand

Eine der größten Bedrohungen der deutschen Wirtschaft verbirgt sich hinter der Parole „CO₂ muss weg“ und dem merkwürdigen Begriff „Decarbonisierung“. Für viele Firmen bedeutet dies das Aus.

Als erstes größeres Opfer fiel Zanders. Fast 200 Jahre konnten sich die Papiermacher in Bergisch Gladbach trotz vieler Widrigkeiten halten und ihre qualitativ hochwertigen Papiere produzieren. Doch am 1. Mai 2021, dem Tag der Arbeit, war Schluss.

Den letzten Ausschlag gaben jene grotesken CO₂-Steuern, die seit diesem Jahr auf Benzin, Diesel, Heizöl und Kohle erhoben werden und nicht nur Produktion, Kochen und Heizung verteuern, sondern auch Transportkosten drastisch heraufsetzen. Zanders hätte bis zum 30. April für sieben Millionen Euro neue CO₂-Zertifikate kaufen müssen, ansonsten wäre ein Bußgeld in Höhe von drei Millionen Euro fällig gewesen. Gelder, die die Papierfabrik für sogenannte „Verschmutzungsrechte“ hätte bezahlen müssen.

Papiermachen ist sehr alter, kunstvoller Prozess, der bei Zanders mit modernen Maschinen, mit eigenem Kraftwerk sowie Wasserversorgung und -aufbereitung und moderner Logistik so effektiv wie heute möglich umgesetzt. Doch Papierherstellung ist aufwendig, erfordert viel Wasser und Energie sowie

teure Maschinen. Die Papierfabrik durchlebte in den vergangenen Jahren eine wechselvolle Geschichte und war mehrfach in Schieflage geraten. Im Juni 2018 beantragte das Unternehmen bereits ein Insolvenzverfahren, schließlich stieg zuletzt eine skandinavische Investorengruppe mit einem Fokus in der Papierproduktion ein. Bei Zanders wurden teuer die sehr hohen deutschen Umweltstandards erfüllt, eine effektive Logistik aufgebaut und mit modernen Papiermaschinen gearbeitet. Viel mehr ist kaum möglich. Wenn eine solche moderne Fabrik keine Chance mehr hat, dann ist sehr viel verloren.

Der Untergang von Zanders darf als ein weiterer „Erfolg“ der „Decarbonisierung“ Deutschlands betrachtet werden, in dem sich eine energieintensive Produktion nicht mehr rechnet. Dem Beispiel Zanders werden viele weitere folgen, wenn diese zerstörerische „Klimapolitik“ weiter mit verbissener Kraft weiter verfolgt wird.

Doch immer mehr Unternehmen weigern sich, „Klimaabgaben“ an die EU zu bezahlen. Nach einer Analyse der Berliner Plattform emissionshändler.com verstoßen offenbar zahlreiche Firmen gegen die Regeln des europäischen Emissionshandelssystems. Viele hatten zum Stichtag 30. April nicht die vorgeschriebene Menge an CO₂-Zertifikaten bei der EU-Kommission abgegeben. Mindestens 7,7 Millionen CO₂-

Berechtigungen wurden zu wenig abgegeben. Das geht aus dem entscheidenden EU-Register („European Union Transaction Log“) hervor. Unternehmen, die deshalb ein B-Rating erhalten, droht ein Sanktionsbescheid über 107 Euro pro Tonne nicht abgerechnetes CO₂.

Nach Angaben von Emissionshändler.com müssten die zuständigen nationalen Umweltbehörden weiterhin von den säumigen Unternehmen aus diesem Grund allein für das vergangene Jahr Strafzahlungen über insgesamt 800 Millionen Euro fordern.

All dies schwächt die Position deutscher Unternehmen auf dem Weltmarkt empfindlich. Die Energiekosten in Deutschland sind bereits die höchsten in Europa. Dazu kommen jetzt noch jene unseligen CO₂-Zertifikate.

Neueste glorreiche Idee aus Brüssel: einen CO₂-Zoll an den Grenzen zu Europa verlangen. Eine Abkürzung für einen „CO₂-Grenzausgleichsmechanismus“ ist auch schon gefunden: CBAM.

Doch dies soll keine einfache Angelegenheit werden; eine einfache Steuer könnte Konflikte mit der Welthandelsorganisation WTO hervorrufen. In einem komplizierten Prozess sollen Importeure Verschmutzungszertifikate kaufen. Prächtige Grundlage für eine weitere Großbürokratie, die passende Formulare entwerfen und alle Vorgänge kontrollieren. Doch eine solche CO₂-Festung Europa stösst auf zunehmende Kritik. Experten des Centers for European Policy Network (CEP) warnen, dass der CO₂-Grenzausgleich die europäischen Unternehmen nur auf dem EU-Heimatmarkt vor billiger Konkurrenz schützt. Diese Unternehmen haben dann allerdings auf dem Weltmarkt nichts mehr zu melden. Sie sind aufgrund der CO₂-Steuern nicht mehr wettbewerbsfähig.

Demgegenüber entstehen unter anderem mit der deutschen Emissionshandelsstelle DEHSt neue prächtige Bürokratien. Nicht nur in Deutschland, sondern auch auf EU-Ebene in Brüssel – nur dort viel besser bezahlt.

Von dort kommen auch die nächsten Streiche gegen die deutsche Wirtschaft. Die grünen Truppen im EU-Apparat bauen eine sogenannte „Taxonomie“ auf; Grundlage ist eine Verordnung der EU bereits vom Dezember 2019. Es soll ein Kriterienkatalog aufgestellt werden, den Banken in Zukunft bei der Kreditvergabe berücksichtigen müssen. Sie müssen künftig unterscheiden, wie „grün“ die Handlungen ihrer Kunden sind. Danach werden die Kreditkonditionen bemessen.

Prof. Hans-Werner Sinn: „Leider werden jetzt in der Krise Dinge durchgewunken, die die Öffentlichkeit gar nicht regis-

triert ... Das bedeutet eine zentralplanerische Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale in Brüssel ... Das führt zu Willkür, das führt zu einem unglaublichen Machtzuwachs der Bürokraten ... Lobbys sind tätig, damit das, was man selber macht, als grün deklariert wird, damit die eigene Branche dann in Zukunft billige Kredite vom Bankensystem erhält, die refinanziert werden durch das Eurosystem. Das sind geradezu unglaubliche zentralplanerische Entwicklungen, die die wirtschaftliche Effizienz der Eurozone aushöhlen.“

Zunächst wird nur die Finanzbranche mit neuen Vorschriften „beglückt“. Sie müssen nachweisen, wie „nachhaltig“ und „klimafreundlich“ die Produkte sind, die sie anbieten. Künftige Kredite und vor allem deren Kosten könnten dann von irgendwelchen grünen Wohlverhaltensfaktoren abhängig gemacht werden. Das betrifft nicht nur Konzerne, sondern auch Mittelständler.

Unter dem Schlagwort „Sustainable Finance“ sollen Investitionen in „grüne“ Bereich gelenkt werden. So sieht der Entwurf vor, dass für eine Tonne Stahl nur eine bestimmte Menge an CO₂ verrechnet werden darf. In der Landwirtschaft wird zum Beispiel der Anbau von Mais als nicht „nachhaltig“ eingestuft, wenn er in schützenswerten Feuchtgebieten stattfindet. Die Palette an Vorschriften reicht in fast alle Wirtschaftsbereiche. Absehbar: Eine ungeheure neue Bürokratie wird aufgebaut, muss bezahlt und vor allem mit Makulatur bedient werden; überbordend hören sich schon jetzt die Pflichten für Berichte an. Und kaum jemand erhebt dagegen seine Stimme.

Währenddessen sprudeln die Einnahmen aus den CO₂-Steuern kräftig. Wo bleibt das viele Geld aus der Besteuerung eines Spurengases der Luft?

Vor den Wahlen wollen sich die Grünen als familienfreundlich profilieren und behaupten, Kleinverdiener und Familien sollen profitieren. „Wir geben die Einnahmen aus dem CO₂-Preis als Energiegeld an die Menschen zurück, fair aufgeteilt pro Kopf, und senken den Strompreis!“ Das hatte Baerbock kürzlich dem Handelsblatt gesagt, als die noch Kanzlerin werden wollte. Wirtschaftsminister Altmaier sagt deutlich, mit den CO₂-Abgaben sollen die peinlich hohen Strompreise subventioniert und heruntergesetzt werden können. Mehr Taschenspielerlei geht kaum: Linke Tasche – rechte Tasche.

Nur, wenn es gelingt, jenes CO₂-Narrativ zu kippen, besteht Aussicht auf Besserung. Denn das ist die Grundlage all jener Gesetze, Verbote und Einschränkungen, die derzeit den Mittelstand abwürgen. □

Florian Gardez

Antisemitismus und Islamismus

Fürchterliche Bilder: Immer wieder sind viele deutsche Großstädte – insbesondere die Hauptstadt Berlin – Schauplatz anti-israelischer, stets auch anti-jüdischer und damit antisemitischer Aufmärsche und Aggressionen, wie es sie seit dem Ende von Adolf Hitlers Schreckensherrschaft in Deutschland nicht mehr gegeben hat.

Anlass der Aufmärsche war wieder einmal der Jahrestag der Gründung des Staates Israel, der mit terroristischen Raketenangriffen auf dessen Zivilbevölkerung durch überwiegend vom Iran finanzierte und ausgerüstete sogenannte Palästinenser „begangen“ wurde. Darunter werden heute nicht mehr alle im ehemaligen Völkerbundsmandat „Palästina“ lebenden Menschen verstanden, weder Juden, noch Drusen noch Jordanier oder Beduinen, sondern nur Araber im Westjordanland und dem sogenannten Gazastreifen. Von Letzteren geht hauptsächlich die terroristische Gewalt gegen Israel, aber auch gegen die eigene Bevölkerung aus. Dabei handelt es sich bei den Palästinensern mittlerweile praktisch nur noch um Muslime – die ursprünglich etwa 20 Prozent christlichen Araber wurden vertrieben. Die Verbliebenen werden als Flüchtlinge anerkannt, obwohl die weit überwiegende Mehrheit keineswegs geflüchtet oder vertrieben worden ist, sondern im Gazastreifen bzw. Westjordanland geboren wurde.

Die deutsche Regierung tolerierte auch in den vergangenen Tagen wieder einmal die Entgleisungen nicht nur palästinensischer Islamisten, Mordaufrufe gegen Juden und Aufrufe zur Vernichtung des mit uns befreundeten Landes, bei dem wir Deutschen aufgrund der national-sozialistischen Vergangenheit moralisch besonders tief in der Schuld stehen. Halbherzige nachträgliche Distanzierungen und – meist eher beschwichtigende – Verurteilungen sprechen einer ehrlichen und erforderlichen „Haltung“ geradezu Hohn.

Dieses Verhalten ist die konsequente Fortführung der grün-linken „woken“ Politik der Regierung Merkel: Verleugnung

der eigenen Traditionen und „Willkommenskultur“ bezüglich einer islamischen Intoleranz, die unseren westlichen, christlich-jüdischen, bürgerlichen Werten ablehnend, ja mehrheitlich sogar feindlich gegenübersteht.

Denjenigen, die eine solche grün-linke Politik unterstützen – einschließlich „Energiewende“, „Great Reset“, Zerstörung des Geldwertes, Umverteilung, Korporatismus – kann nicht bewusst sein, wo die Grundlagen unseres Wohlstands liegen und welche Risiken für Wohlstand, Sicherheit und Freiheit – ja letztlich Leib und Leben – mit einer sozialistischen

Wirtschaftspolitik und weitgehender Zentralplanung verbunden sind. Die christlich-jüdische Moral und vor allen Dingen die europäische Aufklärung sowie die darauf aufbauende Freiheitsbewegung verbunden mit der Entstehung eines „Bürgertums“ und

seinen bürgerlichen Werten waren die Grundlage für die industrielle Revolution, die den Westen ab dem 18. Jahrhundert wirtschaftlich weit erfolgreicher gemacht hat als etwa die gesamte islamische Welt. Wichtige Bausteine, die die industrielle Revolution ermöglichten, waren der auf liberalen Ansichten fußende Individualismus und das Zurückdrängen der „Neidgesellschaft“.

Der Neid, auf der einen Seite eine der sieben christlichen Todsünden und auf der anderen Seite eine sozialistische „Tugend“, ja Grundbedingung von Konformitätsdruck, Vergesellschaftung und Gleichschaltung, gilt zu Recht

als der wesentliche Hemmschuh einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund erscheint es allerdings überraschend, dass in diesen Tagen das offiziell immer noch kommunistisch-sozialistische Einheitsparteien-China mit seinem halb staatsmonopol-kapitalistischen Modell vielfach

als dem Westen wirtschaftlich überlegen beurteilt wird.

Die Gründe hierfür dürften darin liegen, dass auch der Westen inzwischen zunehmend egalitär, korporatistisch, staatskapitalistisch aufgestellt ist. Während allerdings China eine langfristige Strategie verfolgen kann, liegt der Zeithorizont unserer demokratisch gewählten Politiker maximal bei vier

„Wir werden von Trotteln regiert.“

Jan Fleischhauer (Februar 2021 zur Regierung Merkel, Focus)

„Was wir jetzt machen, ist der Nachweis, dass wir komplett daneben lagen. Jetzt sind wir die Deppen.“

Volker Bouffier (2021, hessischer Ministerpräsident zu den Corona-Beschlüssen)



Eskalation der Demo zur Solidarität mit Palästinensern im jüngsten Nahostkonflikt am Samstag nachmittag in Berlin nahe Hermannplatz am 15.5.2021.

Jahren. Hinzu kommt vermutlich, dass die Chinesen faktisch von wirklichen Fachleuten regiert werden, während es bei unseren Politikern erkennbar vielfach an Bildung, Ausbildung, Allgemeinwissen und Sachverstand fehlt (siehe Zitate). Zu den sachlich vermehrt mangelhaften Entscheidungen der deutschen Politik kommt die Entdemokratisierung hinzu, die sich in den letzten Jahren – insbesondere während der Merkel-Herrschaft – schleichend vollzogen und die Zukunftsperspektiven unseres Landes ebenfalls verschlechtert hat. Es ist nicht zu übersehen, dass die demokratisch gewählten Politiker ihren Mandaten und Ämtern nicht (mehr) vollen Umfangs nachkommen, geschweige denn gerecht werden, sondern sich zunehmend des Rates von Experten bedienen. Allerdings nicht in der Weise, dass sie versuchen, das ganze Spektrum fachlichen und sachverständigen Wissens abzufragen, um dann unter politischen Gesichtspunkten – in der Demokratie also des Ausgleichs

„In den 60ern haben die Sozialdemokraten die soziale Marktwirtschaft auf den Weg gebracht. Oder in den 90ern: Die Wiedervereinigung und die europäische Integration.“

Annalena Baerbock (7.5.2021, Deutscher Bundestag)

unterschiedlicher Interessen – Entscheidungen zu treffen – wie es ihre Aufgabe wäre.

Vielmehr werden Entscheidungen auf sogenannte Experten verschiedenster Richtungen, zuletzt insbesondere Epidemiologen, Virologen und Moralphilosophen, verlagert, um dann anschließend deren Entscheidungen und – man muss es so ausdrücken – Anweisungen unmittelbar zu befolgen. Nichts könnte unpolitischer sein. Freilich findet eine politische Intervention im Vorfeld insoweit statt, als nur der Rat vorher ausgewählter – und zwar keineswegs nach Renommee und Erfahrung, sondern nach angestrebtem Ergebnis – „Fachleute“ Berücksichtigung findet. Sollte wider Erwarten von einzelnen, vermutlich tatsächlich sachverständigen Experten etwas anderes als erwünscht vorgeschlagen werden, werden sie entfernt – nicht nur aus dem Ethikrat oder anderen Sachverständigenkommissionen, sondern gerne auch aus der veröffentlichten Meinung. Insoweit

ist es geradezu tragisch, dass die Medien, insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk, in geradezu sklavischer anmutendem Gehorsam jegliche Kritik an der Regierung nicht nur unterlassen, sondern heftigst bekämpfen.

Dies gilt sowohl für die Diskussion über Nutzen, Erforderlichkeit und Verfassungsmäßigkeit der so genannten Corona-Maßnahmen als auch für die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Nachteile der sogenannten Flüchtlingspolitik der Regierung für unser Land und die „schon länger hier lebende“ Bevölkerung. Während liberal-konservativen Forderungen und Kritiken an einem zunehmend diktatorischen, „alternativlosen“ Vorgehen der Regierung mit seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland unbekannter Vehemenz, ja Aggression begegnet wird, wird gegenüber den ganz überwiegend muslimischen Migranten und den zahlreichen Straftätern unter den Wirtschaftsflüchtlings stets ein Auge zuge-drückt. Straftaten wie Gruppenvergewaltigungen waren bis dato unbekannt, Tötungsdelikte erfolgten jedenfalls nicht mit Messern, Ehrenmorde und ähnliche archaisch-barbarische Taten gab es nicht.

Wenn bei Corona-Demonstrationen ältere Menschen – Fern-sehbilder zeigen es – friedlich demonstrieren und von ihrem verfassungsmäßigen Recht auf Meinungs- und Versamm-lungsfreiheit Gebrauch machen möchten, wird dem mit aller Härte entgegengetreten, wenn nicht alle Teilnehmer Masken tragen oder obrigkeitlich verordnete Mindestabstände wahren. Bei muslimischen Familienfesten wie Hochzeiten, Beer-digungen oder auch religiösen, etwa im Zusammenhang mit dem Ramadan veranstalteten Massenpartys, bei denen vermeintlich islamtreue Muslime gern auch in üppigen Mengen Alkohol zu sich nehmen, sieht die Politik hingegen regelmäßig über Verstöße gegen Vorschriften hinweg; schließlich müsse man deren Kultur respektieren.

Für islamistische Vergewaltiger und andere Straftäter gilt reflexartig die Relativierung des „(traumatisierten) Ein-zeltäters“, für vermeintlich rechte Gewalttaten wird, auch wenn nur ein Täter sie begangen hat, ebenso reflexartig nach Netzwerken gesucht.

Bei den empörenden antisemitischen Straftaten wird zur Verschleierung der Motive zunächst in rechts- und linksex-tremistisch unterteilt, ohne erkennen zu lassen, dass zu den rechtsextremistischen praktisch sämtliche islamistischen Straftaten gezählt werden – als größte rechtsextreme Orga-nisation in Deutschland gelten die türkischen Grauen Wölfe

– und ohne deutlich zu machen, dass die rechtsextremisti-schen, antisemitischen Straftaten der unbelehrbaren Nazi-Deutschen nahezu ausschließlich Äußerungsdelikte sind, also vor allem die Leugnung des Holocaust oder verbale Beschimp-fungen jüdischer Mitbürger.

Die linksextremistischen und vor allem islamistischen Straf-taten gegen Juden umfassen dagegen in hohem Umfange Kör-perverletzung und Sachbeschädigung. Während jüdische Bür-ger und Steuerzahler „aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ veranlasst werden, israelische Fahnen oder jüdische Erkennungszeichen, wie zum Beispiel die Kippa, zu entfernen, wehen bei Aufmärschen mit muslimischem Hin-tergrund Fahnenmeere auf deutschen Straßen und Plätzen. Erneut werden deshalb nicht nur, aber weit überdurch-schnittlich, deutsche Mitbürger jüdischen Glaubens, denen Solidarität stets nur mit leeren Worten gewährt wird, veran-lasst, ihr Heil außerhalb unseres Landes zu suchen und erneut zu emigrieren. Was für eine Schande!

Aber auch andere, nicht-jüdische Bürger werden zunehmend, insbesondere wenn sie den vormalig in der Welt berühmten bürgerlich-deutschen Tugenden von Disziplin, Fleiß, Zuver-lässigkeit und überhaupt „Anstand“ folgen, vergraut. Sie sehen für ihren durchaus anstrengenden, aber eben auch Erfolg und Wohlstand für die eigene Familie versprechenden „Lebensstil“ eine bessere Zukunft in der Schweiz oder in den USA, in Kanada oder zunehmend auch in fernöstlichen Län-dern als im vormaligen, mittlerweile nur noch vermeintli-chen Land der „Dichter und Denker“.

Länder, die ihre Intelligenz sowie ihre Leistungsfähigen und -willigen vertreiben, verspielen stets ihre Zukunft.

Es ist schon lange her, dass in den USA der Satz galt: „The Ger-mans are the engineers of the world.“ Das hat natürlich auch mit der gerade in Deutschland bewusst herbeigeführten Zer-störung der Automobil-Industrie zu tun, nachdem man vor-her schon die sichersten Kernkraftwerke der Welt stillgelegt hat und künftig den benötigten Strom für teures Geld unter anderem aus weit weniger sicheren Kernkraftwerken unserer Nachbarländer bezieht.

Der staatsgläubige Sozialismus und die Staatsreligion des Islam stehen sich gedanklich in vielen Bereichen sehr nahe. Inso-fern ist der wohl in unserem Land nie gänzlich verschwun-dene, sondern auch nach dem 2. Weltkrieg weiter schwelende, ja man möchte sagen schwärende Antisemitismus eingebettet in eine vermeintlich linke, jedenfalls ideologische Weltbeglü-

ckungspolitik, der alles Freie, Individuelle, Nonkonformistische, Kritische und Nachdenkliche ein Gräuel ist – und die in der muslimischen Zuwanderung eine große Chance für die Umgestaltung unserer Gesellschaft sieht.

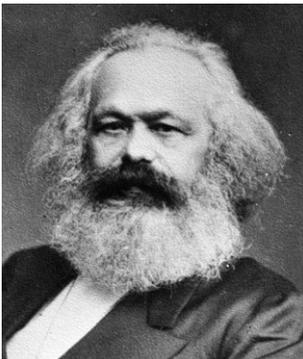
Noch vor den „alten weißen Männern“ mit Berufs- und Lebenserfahrung ist es das verzerrte Feindbild der globalen Linken, der jüdisch-amerikanische Banker, der nicht etwa nur Kritik, sondern Hass auf sich zieht. Genau wie bei den National-Sozialisten.

In den vielfach staatsfinanzierten Medien dominieren heute gutmeinende, vielfach eher jugendliche grün-linke Weltverbesserer, die mit unbekümmerter, von Fachkenntnis, gar Lebenserfahrung ungetrübter moralischer Überheblichkeit nicht nur meinen, selbst alles besser zu wissen, insbesondere was anderen Menschen gut tut, sondern dies auch noch diesen anderen, anders denkenden Menschen aufzwingen wollen und sich dabei auch noch im Recht wähnen. Haltung heißt das heute, früher nannte man es Gesinnung. Inhaltlich gibt es keinen Unterschied.

Auch die National-Sozialisten haben sich nicht für schlechte Menschen gehalten, sondern meinten, mit ein paar kleinen Grausamkeiten die Welt wieder in Ordnung bringen zu können. Im Grunde macht es keinen Unterschied, ob man andere Menschen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Rasse oder zu einer Klasse verfolgt, mundtot machen will und in ihrer bürgerlichen, gesellschaftlichen Existenz bekämpft.

Antisemitismus, eine der widerlichsten Formen des Rassismus, war immer auch ein Markenzeichen totalitärer sozialistischer Regime, nicht nur des bereits angesprochenen national-sozialistischen Regimes von Adolf Hitler. Heute trifft sich im Antisemitismus die moderne Linke mit archaischen Muslimen.

Auch der von den Sozialisten aller Länder verehrte, wissenschaftlich bemerkenswerte, in seiner eigenen Lebensführung eher merkwürdige Karl Marx tat sich nicht nur als (theoretischer) Kommunist hervor, sondern auch als glühender Judenhasser und Rassist (siehe Kasten). □



„Der jüdische Nigger Lassalle, der glücklicherweise Ende dieser Woche abreist, hat glücklich wieder 5000 Taler in einer falschen Spekulation verloren. Der Kerl würde eher das Geld in den Dreck werfen, als es einem ‚Freunde‘ pumpen, selbst wenn ihm Zinsen und Kapital garantiert würden ... Es ist mir jetzt völlig klar, dass er, wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, von den Negern abstammt, die

sich dem Zug des Moses aus Ägypten anschlossen (wenn nicht seine Mutter oder Großmutter von väterlicher Seite sich mit einem nigger kreuzten). Nun, diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen. Die Zudringlichkeit des Burschen ist auch niggerhaft.“

Karl Marx (Kommunist, Rassist, Antisemit, Anti-Kapitalist und Idol der grünen und linken Jugend, Brief von Marx an Engels, 1862).

DIE AUTOREN



Prof. Dr. Hanns-Christian Salger, LL.M.

ist Mitbegründer der Atlas-Initiative, Fachanwalt für Internationales Wirtschaftsrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht sowie für gewerblichen Rechtsschutz und auch in New York zugelassen. Er lehrt an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Markus Ross

studierte Volkswirtschaftslehre in Mainz und Frankfurt. Ab 1982 arbeitete er als Broker, später als Branch Office Manager bei der Hornblower Fischer AG. Seit 1991 ist er Gründer und Geschäftsleiter bei der Ceros Consulting GmbH, parallel dazu fungiert er als Geschäftsführer der Polus Verlag GmbH, die u. a. den Adpunktum Newsletter herausgibt und vor Wahlen in Deutschland die Publikation „Denk Mal“ (www.adpunktum.de).

Lob des Plastiks

Keine hygienischen Einwegbestecke mehr, keine Kunststoffteller mehr, keine Trinkhalme, weder Rührstäbchen noch Wattestäbchen. Sämtliche Einwegplastikprodukte sollen weg. Auch der Kaffeebecher, der den Kaffee so gut warm hielt und hygienisch einwandfrei war – weg damit. Auch solche Produkte, die aus biologisch abbaubaren Kunststoffen bestehen, sollen aus dem Handel verschwinden. Dabei wurden die erst mit viel Aufwand entwickelt. Der Grund: Die Einwegkunststoff-Verbotsverordnung und die Einwegkunststoff-Kennzeichnungsverordnung, die seit 3. Juli gelten.

Wiederverwendbare Produkte aus Glas oder Metall sollen es künftig sein. Oder solche aus Bambus oder Papier. Noch wurden die nicht genau darauf hin untersucht, mit welchen Chemikalien die belastet sind und wie sie sich verhalten. Aber wiederverwendbar ist grünes Gebot der Stunde.

Dramatische Bilder von Flüssen, in denen Wasser unter gigantischen Mengen an Plastikmüll verschwindet, und von verendeten Meeresbewohnern, die mit Plastik umwickelt an Stränden liegen, lieferten die optischen Belege, wie angeblich schlimm es in der Umwelt aussieht. Tolles Aufregertema, fand auch EU-Kommissar Frans Timmermans und stellte vor drei Jahren einen umwerfenden Plan vor: weg mit allem Plastik. Erst einmal zehn Produkte aus Kunststoffen standen auf der Wegwerfagenda: unter anderem Teller, Trinkhalme, Besteck, Wattestäbchen, Rührstäbchen, Strohhalme.

Weg mit den Plastikgabeln und Löffeln, Plastikgeschirr! Timmermans hat gut reden. Als EU-Funktionärs-Millionär kann er jeden Tag mit „goldenen“ Löffeln von prächtigen Porzellantellern futtern. Die schwimmen in der Regel nicht in die Nordsee, sondern werden von Hand – nicht seiner – gespült, poliert und stehen für das nächste feudale Mal wieder zur Verfügung. An Currywurstbude, Smoothies-Bar oder beim Kaffee-To-Go sieht das anders aus.

Timmermans kennt sicher auch nicht genauer die Feinheiten deutscher Mülltrennungsgewohnheiten mit einer Müllpolizei, die penibel kontrolliert, ob die Kunststoffolie der Pizza in der richtigen der vielen Abfalltonnen vor der Haustür landen. An diesem System soll auch nur eine Plastiktüte unerkannt vorbeigekommen und in die Nordsee gespült worden sein?

Die europäischen Länder sind die mit dem geringsten Plastikverbrauch. So liegt der Plastikverbrauch pro Person bei Spitzenreiter Sri Lanka bei 109,2 kg/Person, an zweiter Stelle fol-



gen China mit 33,6 kg/Person, Guyana 81,8 kg/Person, Algerien 31,4 kg/Person und Malaysia 40,9 kg/Person.

Verhältnismäßig wenig verbrauchen die Menschen in Indien mit 3,3 kg/Person. Dort wird viel Plastik auf der Straße verbrannt, es entsteht extrem viel Feinstaub, aber man schiebt es den Autos zu. Im Vergleich zu Bangladesch mit 11 kg/Person und Indonesien mit 17,2 kg/Person liegt Deutschland mit 3,7 kg/Person ziemlich abgeschlagen. Bei den Katastrophenmeldungen wird auch nicht berücksichtigt, dass etwa die Malediven allen Müll direkt ins Meer werfen. Aber jetzt rettet Deutschland erst einmal wieder die Welt. „Weg mit dem Plastik“ ist bereits tief in den Köpfen verankert.

Doch moderne Verpackungsmaterialien sind ein Segen, helfen sie doch, dass weniger Lebensmittel weggeworfen werden müssen. Die müssen verpackt werden, so sicher, dass Ungeziefer sich nicht verbreiten kann, Mehlmotten der Spaß an Mehl und Müsli verwehrt wird, und Schimmel an Wurst und Käse möglichst spät Gefallen findet.

Vergessen wird heute gern, wie viele Lebensmittel früher weggeworfen werden mussten, weil die Verpackungen mise-



rael waren. In den meisten Ländern der Dritten Welt ist das heute noch so. Schädlinge fühlen sich in frei gelagerten Vorräten wohl, verunreinigen die Lebensmittel durch Kot, Spinnfäden oder Häutungsreste, verursachen Hautreizungen, Entzündungen, Allergien. Vergessen wurde auch, dass die Erfindung des Kühlschranks wesentlich mehr zum Wohle der Menschheit beigetragen hat als eine hanebüchene Mülltrennung und Wiederverwertbarkeit um jeden Preis. Seitdem werden weniger angeschimmelte Lebensmittel gegessen mit den positiven Folgen für die Gesundheit.

Moderne Tetrapacks schützen den Inhalt vor Keimen, verlängern die Haltbarkeit der Milch, sind also die wahren umweltfreundlichen Verpackungen bei sehr wenig Materialeinsatz. Sie bieten ein Optimum an Lagerqualität und Schutz des Gutes. Eine gute Verpackung soll wenig wiegen, aber viel Raum bieten und preisgünstig sein. Die Kunststoffverpackung tut das vorbildlich. Sie bietet ein hohes Volumen an. Die Masse jedoch ist extrem gering. Verpackungsingenieuren gebührt das Verdienst, mit ihrem eindrucksvoll breit entwickelten Sortiment an Frischhaltefolien, Tüten und Hüllen mit dazu beizutragen,

dass weniger Lebensmittel verschimmeln und weggeworfen werden müssen. Sie erzeugen mit außerordentlich geringem Materialeinsatz große Volumina. Das liegt daran, dass Kunststofffolien so hauchdünn sind; durchschnittliche Dicke liegt unter 0,1 Millimeter. Folien sind damit dünner als ein Haar, dennoch extrem reißfest, weichen bei Regen nicht auf wie eine zerfleddernde Papiertüte, wiegen fast nichts. Die Masse einer hauchdünnen Folie – mit 0,05 Millimeter dünner als ein Haar und dennoch reißfest – ist extrem gering. Sie schützt jedoch die Gurke ebenso wie in extrem dünne Folien verpacktes Obst und Gemüse vor Viren und Bakterien, verlängert die Haltbarkeit.

Danach: Ab in die Müllverbrennungsanlage. Moderne Verpackungen sind Hightech aus Kunststoff, also im wesentlichen Erdöl, das gut brennt.

In den Vereinigten Staaten findet übrigens bereits eine Gegenbewegung statt. Mehr und mehr Städte und Staaten kippen schneller als „Umweltschützer“ sehen können die Verbote von Plastiktüten und verbieten gleichzeitig wiederverwendbare Behältnisse. □

Florian Gardez

Die DNA des Mittelstandes

Was macht die DNA des Mittelstandes aus? Wo sind die Grenzen des Trag- und Ertragbaren für den Mittelstand? Wo liegt die Zukunft des Mittelstandes? Darüber unterhält sich Silke Schröder mit Wolfgang Lusak und Martin J.F. Steiner vom Vorstand der österreichischen Mittelstandsplattform „Lobby der Mitte“.



INTERVIEW WOLFGANG LUSAK

Silke Schröder: Auch in Österreich wächst das Bedürfnis von Unternehmern und Selbstständigen nach einer Interessensvertretung jenseits der etablierten Politik. Wie würden Sie die Entwicklung der „Lobby der Mitte“ (LdM) vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre bewerten?

Wolfgang Lusak: Auf unsere Fahnen haben wir uns von Anfang an geheftet, dass wir dem unternehmerischen Mittelstand, dem größten und wichtigsten aber auch am meisten missachteten und ausgebeuteten Teil der Wirtschaft zu mehr Sichtbarkeit und Durchsetzungskraft verhelfen wollen. Die Initialzündung kam, wie ich bei meiner Arbeit als Berater von Klein- und Mittelbetrieben so richtig gesehen habe, wie wenig der Mittelstand a) als einzelnes Unternehmen in der Lage war, sich mit seinen persönlichen Zielen, Innovationen und Projekten durchzusetzen und b) als Wirtschaftseinheit der bis zu 250 Mitarbeiter beschäftigenden Unternehmen imstande ist, zu wirklich gerechten Rahmenbedingungen für seine Leistungen zu kommen, sich also in der etablierten Politik Gehör zu verschaffen. Die Benachteiligungen zum Beispiel gegenüber Konzernen sind eklatant. Als Instrumente unserer Arbeit haben wir bisher neun „Mittelstands-Barometer“-Umfragen in Bevölkerung und Mittelstand durchgeführt und deren Ergebnisse veröffentlicht. Wir haben hunderte Interviews zu allen mittelstandsrelevanten Themen gemacht, einen sehr umfassenden und viel gelesenen

„Von der Schachfigurengesellschaft zur runden Gesellschaft.“

Blog www.lobbydermitte.at und www.lusak.at ins Leben gerufen, daraus auch mit größerer Reichweite in Tages- und Wirtschaftsmedien publiziert. Wir haben zwei Bücher veröffentlicht, bisher fünf Tage des Mittelstands abgehalten und mit gezielten Petitionen und konkreten Vorschlägen die Politik angesprochen. Dadurch haben wir es in 10 Jahren auf rund 1000 Follower gebracht und ca. 150 Unternehmen im „engeren Kooperations-Kreis“.

Auch wenn wir in so manchen Aussagen der Nationalratsparteien unsere Handschrift erkennen können, muss ich gestehen: Der große Durchbruch ist uns noch nicht gelungen.

Silke Schröder: Als Forderungen postuliert die „Lobby der Mitte“ die drei Aspekte Anstand zum Beispiel hinsichtlich der Steuergerechtigkeit, Hausverstand für Bürokratieabbau, Innovationserleichterung und mehr Sichtbarkeit für Leistungen im Mittelstand und Bestand im Sinne der Erleichterung zum Beispiel von Eigenkapital-Aufbau. In welchem der drei Bereiche besteht Ihrer Einschätzung nach aktuell im Corona-Folgejahr 2021 der dringlichste Unterstützungsbedarf?

Wolfgang Lusak: Einen ganz wichtigen Punkt in der Liste der Mittelstandsangelegenheiten darf ich da noch ergänzen: Die Zurverfügung-Stellung von geeignetem Fachpersonal und Nachwuchs. Es gibt aber keinen dringendsten Punkt; bei allen Punkten geht es um fairen, freien Wettbewerb, um zumindest Gleichstellung mit den Konzernen, deren Steuer-Privilegien und Lobby-Vorsprüngen. In Österreich hatten und haben

wir noch vergleichsweise viel staatliche Unterstützung zur Abfederung der Pandemie-Auswirkungen – vielleicht sogar zu viel, ist es doch vor allem Steuergeld aus den Kassen des Mittelstands, das da einfließt.

Die weltweite 15 Prozent Mindeststeuer für Konzerne und die Besteuerung am Ort des Verkaufs sind der richtige Schritt, sie bedeuten aber wohl noch immer einen Vorteil für die Großunternehmen. Solange der Mittelstand nicht in der Lage ist, so viel Eigenkapital aufzubauen, dass er seine notwendigen Innovationen und Investitionen im eigenen Haus tätigen kann ohne teure und abhängig machende Kredite aufzunehmen, so lange wird die sogenannte „Schachfiguren-Gesellschaft“ bestehen bleiben. In ihr hat der globale Konzern-Kapitalismus das Sagen, und die Working Poor-Massen bringen für eine diesen Kapitalismus stützende Politik die erforderlichen Wählerstimmen.

Silke Schröder: *Meinen Sie, dass dies auch auf die Situation deutscher mittelständischer Unternehmen übertragbar ist?*

Wolfgang Lusak: Ich glaube, dass die Situation in den EU-Staaten und insbesondere in den drei deutschsprachigen Ländern (die ja mit Ihren Hidden Champion-Mittelstandsbetrieben per Capita weltweit noch führend sind) durchaus vergleichbar ist. Ja, der deutsche Mittelstand hat die ziemlich gleichen Probleme und Anliegen wie der in Österreich. Wir sollten uns da mehr koordinieren.

Silke Schröder: *Worauf führen Sie zurück, dass – obgleich der Mittelstand einen Großteil der Steuerlast übernimmt – er seitens der Politik so vernachlässigt wird?*

Wolfgang Lusak: Die Mittelständler arbeiten bisher lieber als zu demonstrieren, sie akzeptieren zähneknirschend und mit der Faust im Sack, dass sie die Melkkühe der Nation und des globalen Kapitalismus sind. Sie arbeiten lieber an neuen Ideen und Projekten, sie verachten die Politik mit ihren Selbstdarstellungen und Selbsterhaltsbestrebungen. Und sie heulen mit den Wölfen, indem sie oft sogar willige Teile der ausbeuterischen Netzwerke und Fachorganisationen sind ohne substantiell etwas für ihre Branche, ihr Gewerbe, ihre Bedürfnisse zu fordern. In gewisser Weise verdienen sie es sogar, wie man mit ihnen umgeht, so sehr ducken sie sich unter das vermeintlich Unvermeidliche. Sie werden in den Medien und in der Politik von Reich und Arm erdrückt, sie wehren sich kaum gegen die Umverteilung von Ihnen zu Reich und Arm. Das alles ist ein Ergebnis der für uns so gefährlichen „Schach-

figuren-Gesellschaft“, die den Mittelstand solange ausbeutet, bis die Extremisten des Global-Kapitalismus im Verein mit links- und rechtspopulistischen Parteien die absolute Herrschaft haben und dabei den Untergang der Menschen zulassen.

Silke Schröder: *In Deutschland ist politisch derzeit keine Trendwende erkennbar, die für eine größere Wertschätzung der Leistung mittelständischer Unternehmen sorgen würde. Im Gegenteil, die Schraube der Steuer- und Abgabenlast wird im Zuge des durch die EU ersonnenen „Green Deals“ noch immer weiter angezogen. Wo sehen Sie die Grenze des Trag- und Ertragbaren im Mittelstand?*

Wolfgang Lusak: Ich habe grundsätzlich nichts gegen „Green Deals“, wenn sie von der Gesellschaft und der Wirtschaft in einem der jeweiligen Leistung entsprechenden Maße bezahlt werden. Ich glaube, dass die Bekämpfung des Klimawandels eine der wichtigsten die Menschheit erhaltende Maßnahmen darstellt. Und ich glaube auch, dass die Produktion, Bereitstellung und Nutzung von erneuerbarer Energie von großflächigen und internationalen Versorgungen auf lokale und regionale Einheiten umgestellt gehört.

Ich befürchte, dass dabei die Gier-Konzerne (und damit meine ich die Gier-Konzerne und nicht diejenigen, die sich anständig und fair verhalten – vermutlich leider die Minderheit) nicht in gerechtem Maße beitragen wollen und werden. Daher gilt: Nur wenn’s dem Mittelstand gut geht, geht’s uns allen gut.

„Wir brauchen kein Hurra, sondern eine ehrliche und konstruktive Abstimmung unserer Interessen und Ziele!“

Was die Grenzen des Ertragbaren betrifft: Der Mittelstand und die Politik haben sich leider schon zu sehr an ihr Leid gewöhnt, sie haben sich unterworfen. Ich zitiere Marie von Ebner-Eschenbach: „Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit“. In der Realität sind die Grenzen der Belastbarkeit des Mittelstands schon überschritten. Es ist unsere Aufgabe sie wach zu rütteln und aufzustehen.

Silke Schröder: *In Deutschland wenden sich aber Leistungsträger in der Gesellschaft zunehmend enttäuscht von der Politik ab. Welche Rolle messen Sie diesbezüglich Interessensvertretungen wie der „Lobby der Mitte“ und der „Atlas-Initiative“ bei?*

Wolfgang Lusak: Die Abwendung von der Politik ist ein Überlassen der Macht und der Entscheidungen an andere und damit eine sträfliche Unterlassung. Wir sollten alle Unternehmer oder unternehmerische Menschen, nicht Unter-

lasser sein. Wir sollten erkennen, dass wir auch als Wähler nicht wehrlos sind. Atlas und wir und andere Gleichgesinnte sollten uns zusammen tun, um gemeinsam der Gefahr der Zerstörung des Mittelstands und mit ihr der Nahversorgung, humanen Innovationen, der Nachhaltigkeit, Lebensqualität und Menschheit insgesamt entgegenzutreten. Wir sollten mit der „runden Gesellschaft“ und einem demokratischen, leistungsstarken Mittelstand ein neues Vorbild für die Menschheit sein. Davor aber brauchen wir kein Hurra, sondern eine ehrliche und konstruktive Abstimmung unserer Interessen und Ziele. Und Geduld trotz drückender Probleme und Krisen. Wenn irgendwie möglich in Abstimmung mit den bestehenden Parteien, wenn nötig durch Gründung einer eigenen Partei. □

INTERVIEW MARTIN J. F. STEINER

Silke Schröder: *Als mittelständischer Unternehmer sind Sie direkt von den Rahmenbedingungen betroffen, welche von der Politik gesetzt werden. Wie beurteilen Sie die Situation nach mehr als einem Jahr Corona-Pandemie, das zu gestörten Lieferketten und Einschnitten in bürgerliche wie unternehmerische Freiheiten geführt hat?*

Martin J. F. Steiner: Ich halte die gegenwärtige „Corona Politik“ in Österreich und Deutschland für ungeheuerlich. Ehrenwerte Menschen und höchst qualifizierte Experten wie Prof. Bhakdi, Prof. Reiss, Prof. Haditsch, Prof. Hockertz, Prof. Allerberger, Dr. Wodarg und viele mehr werden diffamiert, diskreditiert und zensuriert, wenn sie eine „nicht regierungskonforme“ Meinung vertreten. Die Wissenschaft kann sich doch NUR durch unterschiedliche Meinungen und durch den DISKURS darüber weiterentwickeln. Durch Diskussion, Verifikation und Falsifikation – und nicht durch politische Vorgaben! Was wir jetzt sehen ist eine „gekaufte Schoßhündchen-Wissenschaft“ die das nachplappert, was von Regierungslinien vorgegeben wird.

Die Rolle der Medien in diesem Zusammenhang ist genauso eine katastrophale Bankrotterklärung wie die der (Schoßhündchen)-Wissenschaft und die des politischen Parteiensystems. Evidenzfreie Einschnitte in Grundrechte, bürgerliche wie unternehmerische Freiheiten sind unverzeihlich und nicht zu akzeptieren.

In den LdM und ATLAS Umfragen (Mai 2021) haben wir gesehen, dass es trotz allem noch Branchen gibt, die aus dieser Krise Nutzen und Vorteile ziehen können – in Österreich sind dies noch mehr Unternehmen als in Deutschland.

Silke Schröder: *Welche Forderungen würden Sie heute der Politik übermitteln, um die Situation für mittelständische Unternehmer zu verbessern? Was muss sich verändern?*

Martin J. F. Steiner: Hier fällt mir das Bibelzitat ein, demzufolge man „keine Perlen vor die Säue“ werfen solle! Grundsätzlich stellt sich die Frage – ist dieses gegenwärtige politische Parteiensystem überhaupt noch zu reformieren? Dr. Krall spricht in diesem Zusammenhang „von der Wagenburg inkompetenter Minderleister“ die sich gegen Reformen wehren, weil Reformen für Sie ja existenzbedrohend sind. Aus meiner Sicht hat die Macht vom Souverän auszugehen – die „repräsentative Politik“ mit deren Parteiensystem ist zu reformieren oder noch besser völlig neu zu ordnen (Richtung direkter Demokratie).

Der Souverän muss zukünftig viel besser als bisher bestimmen, wem er wieviel und für wie lange Macht übergibt. Die bestehenden politischen Strukturen haben sich in den letzten Monaten als totalitär, menschenfeindlich und korrupt bewiesen.

Silke Schröder: *Wo sehen Sie die größten Herausforderungen für die kommenden Jahre aus Unternehmersicht?*

Martin J. F. Steiner: Innovative und flexible KMUs mit der DNA des Mittelstands werden sich immer durchsetzen, aber eventuell nicht in allen Branchen. Durch die Lobbyarbeit der Konzerne und durch die nicht vorhandene Lobbyarbeit des Mittelstands können in einige Branchen die KMUs nicht mehr wettbewerbsfähig sein, weil ungleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen worden sind. Ich sehe jedoch immer Chancen für flexibel und innovative KMUs um „Nischen“ zu finden, zu erobern und zu besetzen. Auch neue Formen der Zusammenarbeit unter den KMUs wie Amöbing und Clustering ermöglichen Chancen und Durchsetzungskraft, welche den „Großen“ verwehrt bleiben. Der wesentlichste Vorteil mittelständischer Unternehmen ist der, dass diese ein Quell von Schwarmintelligenz sein können – während nicht eigen- tümergeführte Konzerne der Schwarmdummheit verhaftet sind/(sein können).

Der Bereich erneuerbare „Energie & Umbau“ der Energieversorgung wird ein wichtiger Mega-Trend in den kommenden Jahren sein. Hier gilt es, durch private Initiativen dezentrale Strukturen in kleinen und in kommunalen Bereichen zu schaffen. Stichwort lokale, dezentrale Energieautarkie/Autonomie in „Smart and Green Regions“ unter der Führung von nachhaltigen Mittelstandsbetrieben und engagierten Kommunen. Der Umbau der Energieversorgung darf nicht wie bisher zentralistischen Strukturen, den Multis und Konzer-

nen überlassen werden, da sonst der Konsument von Energie für Strom, Wärme und Mobilität sich in vollkommene Abhängigkeit begibt und auch keine optimalen technischen und wirtschaftlich sinnvollen Lösungen geschaffen werden. Die gegenwärtige „Konsumentengesellschaft“ darf den Schritt zur „Prosumer“ (Produzent+Konsument) Gesellschaft nicht verpassen.

Silke Schröder: *Welches Potenzial sehen Sie in der europäischen Vernetzung zwischen Initiativen wie der „Lobby der Mitte“ und der „Atlas-Initiative“?*

Martin J. F. Steiner: Eine Vernetzung und länderübergreifende Zusammenarbeit mittelständischer Initiativen halte ich für wichtig, aus folgenden Gründen:

- Unterschiedliche Perspektiven schaffen unterschiedliche Lösungsansätze! Vielfalt, bei beiderseitigem Respekt voneinander, ist kein Problem – sondern hilft zu starken

Lösungen zu gelangen. Das Gegenteil der Vielfalt in diesem Zusammenhang ist die „Einfalt“!

- Die DNA des Mittelstandes ist „Leistung, Eigentum, Fairness und Nachhaltigkeit – gemeinsam mit Flexibilität und Innovationskraft“. Und dabei ist es egal, ob diese DNA aus dem Norden, Süden, Osten oder Westen kommt, ob sie weiß, gelb, rot oder schwarz oder sonst was ist. Die Zusammenarbeit und Vernetzung von Initiativen mit dieser DNA sehe ich als große Chance bei dieser – und aus der Krise heraus.
- Wir dürfen nicht länger auf Lobbying für den Mittelstand verzichten und noch mehr unter die Räder kommen als wir (der Mittelstand) schon sind. Gemeinsames vernetzen und vorgehen, dort wo es Sinn macht.

Denn einerseits gilt: „Gemeinsam sind wir stark“. Aber es gilt andererseits auch: „Der Starke ist am mächtigsten Allein“! □

DIE INTERVIEWPARTNER



Mag. Wolfgang Lusak absolvierte das Studium der Wirtschaftswissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien, arbeitete als Manager bei Unilever, Gillette, BP und Felix, leitete danach als erster Geschäftsführer der österreichischen Weinmarketing-Gesellschaft nach dem Weinskandal den erfolgreichen Wiederaufstieg der gesamten österreichischen Weinwirtschaft ein, unterrichtet heute bei der ARS und in der Wirtschaftskammer Marketing und Lobbying für diverse Branchen. Lusak begann bereits 2008 mit Umfragen zum Thema Lobbying und Mittelstand, gründete 2012 „Lobby der Mitte“, ist Kolumnist in österreichischen Tages- und Fachzeitungen.

www.lobbydermitte.at www.lusak.at



Dr. Martin J. F. Steiner absolvierte das Studium der Elektrotechnik/Energetechnik an der TU Wien und betreibt seit 30 Jahren als Unternehmer ein Ingenieurbüro, ist Experte für Energieautarkie sowie Flächenheizung/-kühlung, war in den Jahren 2011 – 2013 (Donau Universität Krems) und 2014–2017 (Alpen Adria Universität Klagenfurt) Lehrgangsführer für postgraduate MSc Studien für Energieautarkie. Aktuelle Forschungsthemen: Energieautarkie, Tiefengeothermie in Sandstein, oberflächennahe Geothermie zur Raumkühlung, Themen des Mittelstandes, die „weise Entscheidung“ und Schwarmintelligenz, energieautarke Raumkühlung, Mikro-Reaktoren zur regenerativen CH₄-Produktion. Steiner ist ausgebildeter Yoga Lehrer und Therapeut, Trainer für mentale Techniken, Meditation und Feuerlauf sowie systemischer Aufstellungsleiter.

www.str2030.at / steiner@str2030.at

Das große Stimmungsbild

Die Mittelstands-Plattform Lobby der Mitte (LdM) führt seit zwölf Jahren regelmäßige repräsentative „Mittelstandsbarometer“-Umfragen in Österreich zu den Themen des Mittelstands durch. Die Befragten (n = 1000) entsprechen bei diesen demoskopischen Umfragen bezüglich Geschlecht, Alter, Beruf, Ausbildung, Einkommen und Wohnort repräsentativ allen Österreichern und daher bildet

diese Art der Befragung die tatsächliche Meinung der Österreicher sehr genau ab.

Im Mai 2021 wurden von der Atlas Initiative in Deutschland gemeinsam mit der LdM in Österreich zu ausgewählten Bereichen der repräsentativen LdM Umfragen nun die Atlas und LdM Mitglieder befragt. Hier die Ergebnisse im Vergleich.

Rot = LdM Österreich, **Blau** = Atlas Deutschland

Wie stehen sie selbst zu den Werten: Leistung, Eigentum, Nachhaltigkeit und Fairness?

95,2% der LdM KMU's und **98,6%** Atlas Mitglieder (Summe von 8 + 9 + 10) identifizieren sich mit den **4 Werten des Mittelstandes**. Die Befragten bekennen sich in Ö und D in fast gleich hohem Maße zu diesen 4 Mittelstandswerten.

Was glauben Sie, wie wichtig ist der Mittelstand für die Wirtschaft und Gesellschaft in Ö / D ?

77,9% / **80,8%** glauben, dass der Mittelstand für Ö/D wichtig ist, die Befragten in Ö und D halten in fast gleich hohem Maße den Mittelstand in Ihren Ländern für wichtig.

Interessant ist hier zu ersehen, dass die Öffentlichkeit – also die repräsentative Umfrage in Österreich (2020) – mit **83%** höher als die Einschätzung von LdM KMU's und Atlas liegt. Die Öffentlichkeit erkennt die Wichtigkeit des Mittelstands.

Wem (welchen Gruppen) trauen Sie am ehesten zu, Ö / D voranzubringen?

100 %	Konzerne	Politik	Beamte	KMU	Non Profit	Int. Finanz	M	Bürger Initiat.	And.	?
A 2020	31	42	14	57	23	18	45	23	3	10
Ö 2021	14,4	18,4	3,2	86,4	22,4	3,2	88	35,2	4,8	0
D 2021	8,5	1,2	1,2	88,7	11,5	2,5	92,7	58,2	12	0

Gruppe A, n=1000 repräsentativ für Österreich, Gallup 2020
 Ö 2021 LdM Umfrage Mai 2021, n=125
 D 2021 Atlas Umfrage Mai 2021, n= 1702

Alle 3 befragten Gruppen trauen zuerst den KMU's und dem Mittelstand zu, Österreich / Deutschland voranzubringen! Überraschend gering (jeweils **1,2%**) ist das Vertrauen in Politik, Politiker, Regierung und Verwaltung, Beamte in Deutschland.

Was führt Österreich / Deutschland Ihrer Meinung nach aus der Corona-Krise und der mit ihr einhergehenden Wirtschaftskrise?

100 %	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	?	MW
A	4	2	10	13	25	14	11	7	3	6	6	5,5
Ö	1	1	5	1	6	7	12	18	19	30	0	7,9
D	0	0	0	0	1	1	3	11	15	68	0	9,5

1 = staatliche Lenkung & Orientierung auf Groß-Unternehmen
 10 = keine staatliche Lenkung & Orientierung auf Mittelständische -Unternehmen
 ? = keine Beurteilung
 MW = Mittelwert
 Gruppe A, n=1000 repräsentativ für Österreich, Gallup 2020
 Ö 2021 LdM Umfrage Mai 2021, n=125
 D 2021 Atlas Umfrage Mai 2021, n= 1702

Die repräsentative Meinungsbefragung (Gruppe A) zeigt mit einem Mittelwert von **5,5** den Wunsch auf weniger staatliche Lenkung (Gleichverteilung bei **5**) und mehr Orientierung auf mittelständische Unternehmen. Viel deutlicher artikulieren sich diesbezüglich die Gruppen Ö und D mit einer deutlichen Orientierung auf mittelständischen Unternehmen (Mittelwert bei **7,9** und **9,5**)

An welcher dieser beiden Möglichkeiten orientiert sich Ihrer Meinung nach die österreichische/deutsch Politik eher?

100 %	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	?	MW
A	11	6	17	16	21	10	8	3	1	2	4	4,4
Ö	23	22	26	11	10	5	2	0	2	2	0	3,2
D	63	22	10	1	0	0	0	0	0	3	0	1,7

1 = staatliche Lenkung & Orientierung auf Groß-Unternehmen
 10 = keine staatliche Lenkung & Orientierung auf Mittelständische -Unternehmen
 ? = keine Beurteilung
 MW = Mittelwert

Die Österreicher (repräsentativ Mittelwerte **4,4**) vermuten, dass sich die Politik eher Richtung staatlicher Lenkung und Konzernen orientieren wird, entgegen dem Wunsch dieser Gruppen von **5,5** (siehe vorige Frage). In den Atlas und LdM Umfragen 6 Monate später zeigen sich in der Gruppe Ö und D ähnlich Tendenzen, die in D jedoch noch viel ausgeprägter sind. Die Gruppe D befürchtet starke staatliche Lenkung (**1,7**), obwohl sie möglichst wenig staatlich Lenkung wünscht (**9,5**).

Vom Versuch, die Grundlagen der westlichen Gesellschaften aufzulösen

1 Was waren die Gründe, dich der Atlas Initiative anzuschließen?

Ich beobachte seit der Finanzkrise 2008 geopolitische und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse im Westen mit großem Interesse und zugegebenermaßen auch viel Zeitaufwand. Mehr und mehr machte mir eine sich meiner Wahrnehmung nach ausbreitende Tendenz zur Unfreiheit und zu kollektivistischen Denk- und Lösungsmustern Sorge. Ich hatte mir schon länger überlegt, wie ich aus dem Beobachten dazu kommen könnte, etwas Konstruktives in Richtung Freiheitlichkeit zu tun. Den Ausschlag hat dann Markus Kralls Interview bei Roland Tichy im Herbst 2019 gegeben. Nachdem ich das Video gesehen hatte, habe ich spontan bei der Atlas Initiative angerufen und gefragt, ob man mich gebrauchen könnte, ich bin ja kein Ökonom.

2 Was genau ist deine berufliche Expertise?

Ich bin Psychoanalytiker mit dem Schwerpunkt „Kinder und Jugendliche“ in eigener Praxis. Inhaltlich bin ich daneben mit der Beobachtung und Analyse von gesellschaftlichen und



Johannes Heim ist klinischer Psychologe und analytischer Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut in niedergelassener Praxis seit 2015. 1998–2005: Erstes und zweites Staatsexamen Sonderpädagogik sowie Referendariat zum Sonderschullehrer. 2006–2014: Ausbildung zum analytischen Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten in Stuttgart. 2009–2015: Bachelor in Psychologie sowie Master in klinischer und Entwicklungspsychologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

massenpsychologischen Prozessen befasst. Aus meiner Sicht ist momentan eines der wichtigsten, im deutschsprachigen Raum erst allmählich wahrgenommenen Themen die Ideologie des angewandten Postmodernismus und ihr Versuch, die Grundlagen der westlichen Gesellschaften aufzulösen.

3 Wie beurteilst du aus Deiner beruflichen Sicht die Entwicklungen rund um die aktuelle Krise? Haben die Menschen sich verändert?

Ich hoffe ja, dass die menschliche Natur, die *Conditio humana* sich immer wieder durchsetzt. Von daher ist das noch offen. Derzeit erlebe ich, wie viele Kollegen auch, eine große psychische Not und damit auch einen drastisch gestiegenen Bedarf an Psychotherapie, besonders bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 12 bis 21 Jahren.

Ich nehme in meiner Praxis einen deutlichen Anstieg in Häufigkeit und Schwere in Bezug auf Angststörungen, Depressionen, Zwängen, sozialen Phobien wahr. Bei Kindern und Jugendlichen spielt auch eine durch die Lockdownmaßnahmen mindestens mitbedingte, wenn nicht maßgeblich geförderte Zunahme an Medienkonsum bis hin zu Suchtverhalten eine meines Erachtens nicht unbedeutende Rolle.

Die Corona-Krise hat insgesamt massiv Ängste geschürt, die Spaltung in der Gesellschaft verschärft und Misstrauen zwischen den Menschen gefördert. Mein Mitmensch ist ja seit anderthalb Jahren angeblich mein potenzieller Mörder, so wie ich unwissentlich jederzeit zu einer Gefahr für meine Mitmenschen werden kann, durch Ansteckung. Diese Prozesse fördern meines Erachtens in unguter Weise Unfreiheitlichkeit und eingeschränkte Bürgerrechte.

4 Die Bildung der jungen Menschen spielt eine große Rolle für die Entwicklung der Gesellschaft. Ist unser Bildungssystem veraltet?

Aktuell sehe ich das Problem, dass aus der ideologischen Zurückhaltung der Lehrer in meiner Schulzeit und einer Orientierung an Neutralität, besonders in der jüngeren Lehrer- generation ein ideologisches Sendungsbewusstsein geworden ist, welches sich meist an linken und grünen Denkmustern orientiert. Man scheint sich mittlerweile mehr als Aktivist, denn als Lehrer mit Bildungsauftrag zu verstehen. Das



„Fridays for Future“ ... mitmachen, nur weil es „woke“ ist?

ruft schon sehr den vielzitierten Marsch durch die Institutionen in Erinnerung. Insgesamt scheint mir das Schulsystem besonders in der gymnasialen Bildung mehr und mehr indoktrinierend, denn kritisches Denken schulend zu wirken. Sehr deutlich wurde das bei den Fridays-for-Future Aktionen, bei denen die Schulen als Rekrutierungsanstalten für minderjährige polit-Aktivist*innen herhielten – ein immenser Fehler, wie ich meine. Aufgabe der Schulen wäre es hier, den wissenschaftlichen Diskurs abzubilden und das Denken zu schulen, nicht eindimensionale Erklärungen zu unterrichten und für ebenso untaugliche Lösungsansätze zu werben. Mittlerweile sehe ich ein großes Problem darin, dass der Staat das Bildungssystem, auch inhaltlich, finanziert und organisiert. Das schränkt den Markt der Meinungen erheblich ein und verunmöglicht auch den Wettbewerb von Schulen und ihren Bildungsansätzen untereinander. Der Staat hat somit im Zweifelsfall direkten Zugriff auf die zu unterrichtenden Bildungsinhalte. Das Bildungssystem könnte, wäre es freier organisiert, einen viel besseren Beitrag zur Verhinderung totalitärer Machtbestrebungen leisten.

5 Die Fachgruppe „Familie & Bildung“ der Atlas Initiative arbeitet an Alternativen zum heutigen Bildungssystem. Kannst du uns einen ersten Einblick geben?

Ideen zur Konzeption einer Strukturreform des Bildungssystems sind bei uns in der Fachkommission Gegenstand einer lebendigen Debatte. Einige Eckpunkte stehen bereits. Dazu gehören eine deutlich stärkere Orientierung am dualen Prinzip der Ausbildung und damit auch an praktischen Anwen-

dungen, die Grundidee eines Privatschulsystems für alle, bei dem der Staat die Schulbildung über die Familien finanziert, nicht die Schulen selbst; dazu gehört eine stärkere Orientierung an Inhalten von Liberal Arts Curricula, eine Betonung der Schulung des kritischen Denkens und besonders der Schulung der Fähigkeit zur Debatte. Unser Ziel ist dabei die Verbesserung der Bildung und eine größtmögliche Wiederherstellung der Freiheit von Forschung und Lehre, wo sie verlorenzugehen droht.

6 Ein großes Thema in unseren Gesprächen ist der Umbau der Gesellschaft. Neben dem sogenannten „Great Reset“ geht es häufig auch um den „Wokeismus“, „Transhumanismus“ aber auch die „Kulturrevolution“, oder wie du es bezeichnest, um den „angewandten Postmodernismus“. Mein Eindruck ist, dass den Menschen dieser zunächst schleichende und jetzt dynamische Übergang überhaupt nicht bewusst ist. Welche Folgen erwartest du für die Gesellschaft?

Die „Wokeness“ oder der „Wokeismus“ ist eine im Kern neomarxistische Ideologie, welche meines Erachtens den Umbau der westlichen Gesellschaften durch postmoderne Dekonstruktion anstrebt. Dabei tarnt sie sich gerne mit Begriffen aus den Bürgerrechtsbewegungen des 20. Jahrhunderts und verteilt sich auf die sogenannten „kritischen“ Theorien, wie zum Beispiel die „kritische Rassentheorie“. Dadurch fällt nicht auf, dass viele ihrer Spielfelder einer gemeinsamen Ideologie folgen, die eben postmodern und neomarxistisch ist. Während diese Form des ätzenden Aktivismus in den englischsprachi-



Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 12 bis 21 Jahren besteht ein drastisch gesteigener Bedarf an Psychotherapie

gen Ländern schon sehr viel weiter fortgeschritten ist – ausgehend von den Universitäten in die Medien und bis in Politik und Gesellschaft –, nimmt sie seit knapp zwei Jahren auch bei uns in Deutschland Fahrt auf. Das Thema ist dermaßen wichtig, dass wir es als Grundlagenthema in der Fachkommission integriert haben.

Erstaunlicherweise scheinen sich diese Aktivisten hervorragend in vorhandene Staats- und Konzernstrategien zum Social Engineering einzufügen, wie ein kulturrevolutionäres Modul in ein Gesamtkonzept. Dieses Gesamtkonzept scheint derzeit eine Neuausrichtung der Weltwirtschaft in Form einer algorithmenbasierten Befehls- und Lenkungswirtschaft, eines Umbaus der westlichen Demokratien zu einem Government by Algorithm mit Sozialkredit- und Überwachungssystemen nach chinesischem Vorbild und zentralbank-emittierter Kryptowährung zu beinhalten. Nicht zuletzt scheint im evolutionären Transhumanismus bei bestimmten Vertretern eine Art „neuer Mensch“ beziehungsweise neues Menschenbild seinen Aufstieg zu nehmen. Würden diese Gedankenspiele tatsächlich realisiert, würden wir unsere Gesellschaften wohl kaum noch wiedererkennen.

7 Welche Rolle spielen die „herkömmlichen Medien“ bei den Themen „Great Reset“ und der „Kulturrevolution“?

Die Medien haben offenbar ihre Funktion einer Kontrolle der Macht in Gestalt des bekannten Bildes vom Watch-Dog verlassen und sich mehr und mehr zu einem Sprachrohr polit-aktivistischer Interessen entwickelt. Sofern die regierenden Parteien diesen Interessen folgen, werden sie nicht oder wohlwollend kritisiert. Auch die Journalisten scheinen sich mehr als Aktivisten zu verstehen, die „Haltung“ zeigen müssen und sich einer, meist linken oder grünen Ideologie verpflichtet fühlen. Immer häufiger sind sie auch „woke“ und

vertreten die Positionen des postmodernen Neomarxismus. Man darf dabei allerdings nicht vergessen, dass die klassischen Nachrichtenmedien wie Zeitung oder Fernsehen durch die explosionsartige Entwicklung der alternativen Medien wie Internetblogs oder Video- oder Podcasts unter massiven, nicht zuletzt auch ökonomischen Druck geraten sind. Ihr augenscheinliches Andienen an die Finanztöpfe der Reichen und Mächtigen könnte auch eine Form des Selbsterhaltungstriebes, verbunden mit hohen Kosten an journalistischer Freiheit sein. In den klassischen Medien gibt es mit Sicherheit immer noch viele gute Journalisten. Nur: Lässt man sie frei ihre Arbeit tun?

8 Wie ist es um den wissenschaftlichen Diskurs bestellt? Was kann man unternehmen, um wieder freiheitlicher agieren und informieren zu können?

Ich bin selbst kein Wissenschaftler, auch wenn ich eine Ausbildung in wissenschaftlicher Methodik genossen habe. Ich kann das also nicht von innen beantworten. Die wissenschaftliche Debatte selbst scheint mir persönlich im Verhältnis zu anderen Problemfeldern sogar noch relativ intakt zu sein. Das viel größere Problem ist die Abbildung der wissenschaftlichen Debatten beziehungsweise die Transformation wissenschaftlicher Erkenntnisse in Politik und Journalismus. Dabei wird oft zu sehr vereinfacht oder nach Präferenz Informationen ausgewählt – Cherrypicking nennt man das auch. Die Finanzierung von Forschung scheint aber ein nicht unerhebliches Problem zu sein, da somit die Forschungsfelder ja vorausgewählt werden, je nachdem wer zu welchem Zweck Gelder gibt. Eine zu große Einmischung über Staatsfinanzierung scheint die Freiheit der Forschung ebenfalls negativ zu beeinflussen. Dies gilt für alle „grünen“ Forschungsbereiche. Ich kenne mehr als einen Wissenschaftler, dem gesagt wurde, sie sollten in ihren Arbeiten zum Beispiel „etwas mit Klima“ einfließen lassen, da das gute Zuschüsse gäbe. Insgesamt sind meines Erachtens besonders staatsfinanzierte Studien häufiger der sogenannten „Junk Science“ zuzurechnen. Vielleicht hatte doch das frühere „Mäzensystem“ Vorteile gegenüber dem Drittmittelsystem. So finanzierte jemand mit Neugier und den entsprechenden Mitteln einfach einmal auch exotische Forschungsthemen, wobei Innovationen entstehen konnten. Die Fokussierung auf Forschung, die eine schnelle ökonomische Verwertbarkeit zeitigt, verhindert Investitionen in die Entwicklung grundlegender Innovationen. Außerdem sollten Wissenschaftler wieder dazu übergehen, sich strikt aus politischen Entscheidungen herauszuhalten und sich auf die Bereitstellung von Erkenntnissen zu konzentrieren. Wissenschaft und Politik sind zu trennen. □

Was ist Freiheit?

Nicht nur in der Programmatik der Atlas Initiative gehört der Freiheitsbegriff zum Herzensbestand. So ist es wichtig, sich darüber Rechenschaft abzulegen und zu verständigen: Was ist Freiheit? Was bedeutet es, frei zu sein? Was wird uns als Freiheit verkauft? Wozu gibt es Freiheit? Welche Bedingungen braucht Freiheit, um gelebt werden zu können?

Ich schlage Ihnen hier nur eine kleine Skizze zum Thema vor, um darüber auch innerhalb der Atlas Initiative ins Gespräch zu kommen. Auch wenn wir sicherlich alle freiheitsliebend sind, werden wir uns doch in manchen weltanschaulichen Belangen unterscheiden.

In alten, vergangenen und oft zu unrecht verunglimpften Zeiten gab es Hofnarren, die sagen durften, was sonst niemand sagen durfte. In einem Zeitalter von Pluralismus und political correctness, in dem man auch nicht alles sagen darf – jedenfalls nicht ungestraft – kennt man diese Institution aber bemerkenswerterweise nicht! Dennoch konnte ein moderner Hofnarr, ein Clown unserer Zeit, einmal den Spiegel vorhalten und formulieren:

„Wenn ich eine Banane will, esse ich eine; wenn ich zwei Bananen will, esse ich zwei; und wenn ich keine will, werfe ich meine Banane weg“ – und hat damit den Nagel so ziemlich genau auf den Kopf getroffen. Freiheit ist, wenn man hat, was man braucht (oder meint zu brauchen), und damit tun kann, was man grad will. Und das ist bei Kindern nicht anders als bei Erwachsenen oder Jugendlichen. So groß sind die Unterschiede im Verständnis dessen, was Freiheit ist, nicht. Mit dem menschlichen Fortschritt ist das manchmal so eine Sache. Frei ist, wer über andere(s) verfügen kann, wer sich seine Wünsche erfüllen kann, wer sich die Möglichkeiten offen hält, so oder anders zu handeln, wem viele Möglichkeiten offenstehen. Frei ist, wer frei verfügen kann.

Man hat Freiheiten – aber ist man darum auch schon frei?

Man ist frei von allen möglichen Bedingungen und Einschränkungen, aber wozu oder wofür bin ich nun frei? Beobachten Sie mal, woran Sie bei „Freiheit (frei sein)“ zunächst denken! Wer denkt an folgende Kombinationen: Frei sein zur Freude, frei sein zum Staunen, zum Spielen, aber auch: Weil ich frei bin, kann ich danken, kann ich Verantwortung übernehmen, kann ich ein Versprechen geben und einhalten – und ich kann nicht nur Nein sagen, sondern vor allem auch Ja! All das: Freude, Dankbarkeit, die Fähigkeit sich zu wundern,



Ernst Kögler, geboren 1961 und aufgewachsen in München, nach dem Abitur Grundwehrdienst bei der Bundeswehr, anschließend mit dem Studium an der TU München im Fach Allgemeine Physik begonnen, dann umgesattelt auf Philosophie und kath. Theologie, Priesterseminar München. Priesterweihe 1991. Nach der Kaplanszeit 9 Jahre Hochschulpfarrer an der TUM, jetzt glücklicher Pfarrer auf dem Lande (Landkreis Rosenheim).

gäbe es nicht, wären wir nicht frei. Wir könnten vor allem eines nicht: nämlich lieben (also selbst geben, mithin einen Anfang setzen). Dieses Bananenverständnis von Freiheit wird offensichtlich nicht die ganze Wahrheit darstellen. So einfach („populistisch“) wird es wohl nicht sein. Wir werden da tiefer graben müssen. Ein anderes Mal.

Was ist das strategische Ziel hinter der Propagierung der Bananen-Freiheit?

Es führt dazu, den Menschen an sich selbst zu binden. Diese Abhängigkeit wird dann als „Freiheit“ schöngeredet. Diese teuflische Sprach-Praxis der Verdrehung ins Gegenteil findet heutzutage eine inflatorische Anwendung, nicht nur im marxistischen Taktik-Werkzeugkasten.

Mit solch einer Bananen-Freiheit traue ich mich natürlich auch nicht mehr, mich für ein ganzes Leben lang zu etwas zu verpflichten – oder mich jemandem zu versprechen: meinem Ehepartner z.B. oder Christus. Treue aber kann ich nicht auf Gefühlen gründen, sondern auf einer freien Entscheidung.

Erlauben Sie mir abschließend einen biblischen Exkurs:

„Zur Freiheit hat uns Christus befreit ... Ihr seid zur Freiheit berufen. Nur nehmt die Freiheit nicht zum Vorwand für das Fleisch, sondern dient einander in Liebe! – Denn das ganze Gesetz ist in dem einen Wort zusammengefaßt: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ (Gal 5,1.13f)

Christus hat uns zu einer ganz anderen Freiheit befreit; er hat uns zur wahren Freiheit erlöst. Der Apostel Paulus gibt uns zu verstehen: Ihr seid zur Freiheit berufen, ... einander in Liebe zu dienen!

Frei werden wir, wenn wir nicht an uns oder irgendwas in der Welt hängen, sondern an Gott. Freiheit ist nicht das Gegenteil von Bindung. Freiheit erwächst vielmehr aus der Bindung, aber aus der richtigen! Je fester wir oben, an *Gott* angebunden sind, desto freier werden wir. Es ist wie beim Pendel: Ohne Bindung ruht es – es bewegt sich nicht. Nur wenn es oben aufgehängt ist, wenn es (je fester, desto besser) oben angebunden ist, kann es frei schwingen und den ganzen Raum durchmessen, der ihm gegeben ist. □

Mittelstand: „Wachsen oder Weichen“

Mein Name ist Benjamin Mudlack, ich bin in einer Unternehmerfamilie aufgewachsen und wohnhaft im südlichen Emsland, unweit von Münster. Im August 2020 habe ich die aktive Mitarbeit bei der Atlas Initiative aufgenommen und verantworte seitdem unter anderem unseren YouTube-Kanal. Zudem habe ich den Vorstand beim Aufbau der Sektionen und Arbeitsgruppen (beispielsweise Familie & Bildung) unterstützt.

Diesbezüglich knüpfe ich Kontakte, die sich unter anderem auch aus den Interviews und dem damit verbundenen „Netzwerken“ ergeben. Meine primären Themengebiete sind der Mittelstand (unternehmerische Freiheit) und das Geldsystem (monetäre/materielle Freiheit/Unabhängigkeit). Mitglied der Atlas Initiative wurde ich im November/Dezember 2019.

Erlernt habe ich ursprünglich den Beruf des Bankkaufmannes, in dieser Zeit habe ich auch meine Leidenschaft für die Märkte entwickelt. Da ich jedoch schon immer Hintergründe und Zusammenhänge hinterfragt habe, erkannte ich Interessenkonflikte als Kaufmann der Bank gegenüber den Kunden und zog es vor, ein Studium aufzunehmen. Das schloss ich dann an der Fachhochschule Dortmund als Diplom-Wirtschaftsinformatiker (FH) ab.

Nach einigen Jahren im Consulting-Bereich fand ich den Weg zurück in unseren seit ca. 1865 bestehenden Familienbetrieb, einen kleinen mittelständischen Entsorgungsfachbetrieb. Im Detail beschäftigen wir uns mit der Abfallentsorgung, Transporten, Containerdiensten sowie dem Handel von Baustoffen und Holzhackschnitzeln.

Nicht nur unser Unternehmen, sondern auch andere mittelständische Betriebe unseres Netzwerks sehen sich einer überbordenden Bürokratie ausgesetzt. Man führt über die verschiedenen Lobby- und Interessengemeinschaften einen Kampf gegen uns Mittelständler. Die CO₂-Steuer wie auch sonstige Umweltauflagen und Auflagen in den Bereichen Arbeitssicherheit, Datenschutz usw. führen zu einer Erhöhung der Stückkosten. Ohne fortlaufende und sich beschleunigende Skaleneffekte ist es folglich nicht möglich, einen derartigen Betrieb auf Sicht wirtschaftlich führen zu können. „Wachsen oder Weichen“ ist das Motto und viele unserer Geschäftskollegen haben ihre Betriebe bereits an die sogenannten Platzhirsche verkauft. Diese kaufen die Betriebe mit Fremdkapital (Stichwort ungedecktes Schuldsystem).



Da sich dieser Vorgang in nahezu allen Branchen vollzieht, sehen wir eine zunehmende Zentralisierung der Wirtschaft. Das ist genau der Punkt, den Dr. Krall beschreibt und der zu einer Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Produktivität führt, weil Eigentum, Kontrolle und vor allem Haftung nicht mehr in einer Hand liegen. Ohne das ungedeckte Geldsystem wäre es neben der allgemein bekannten sozial ungerechten Umverteilung nicht möglich gewesen, die Wirtschaft derart zu zentralisieren und derartige Klumpenrisiken mit einem enormen Erpressungspotential („too big to fail“) aufzubauen. Ich verstehe mich nicht nur als „Kind des Mittelstandes“, sondern möchte mich für selbigen stark machen. Daher mein Engagement in der Atlas Initiative.

Eine wünschenswerte Zielsetzung unserer Atlas Initiative ist für mein Dafürhalten, dem Mittelstand eine Heimat zu geben, sich zu organisieren und zu opponieren. Es ist unerlässlich Bestandteil einer diversifiziert aufgestellten Volkswirtschaft, eine breite Anzahl mittelständischer Unternehmen zu haben. Ohne Frage ist das Thema Aufklärung via YouTube und Co. elementar, aber es müssen und werden auch Taten folgen. Sei es im Rahmen der Sektionen oder auch in den Arbeitskreisen oder einer Kampagne und Organisationsstruktur für den Mittelstand und andere Themengebiete. Das Medienteam verfügt mittlerweile über einige Mitglieder, die sich engagieren, aber auch externe Dienstleister schneiden Videos und unterstützen uns bei Aufnahmen. Selbstverständlich ist es mehr als wünschenswert, wenn sich zusätzlich Mitglieder einbringen und zu wahren Mitstreitern werden. Gerade im Bereich Social Media (oder Grafiker) suchen wir tatkräftige und fachkundige Verstärkung. Scheuen Sie sich daher nicht, Kontakt mit mir aufzunehmen. □

Ihr Benjamin Mudlack

„The Lost Literature of Socialism“ von George Watson

Die wenigsten Menschen haben sich mit den Schriften von Marx, Engels und anderer Sozialisten wirklich eingehend auseinandergesetzt. George Watson hat das getan und liefert in seinem Buch „The Lost Literature of Socialism“ einen sehr guten und spannenden Überblick.

Der 2013 verstorbene australische Sprachwissenschaftler, Literaturkritiker und Herausgeber George Watson kam in den späten 1940er Jahren nach England. Er war Mitglied in der Liberalen Partei. Watson zeigt unter anderem auf, dass Karl Marx sowohl Rassist als auch Antisemit war, ganz offen Völkermord befürwortete und die Auslöschung ganzer Rassen. Sowohl Marx als auch Engels sahen die weiße Rasse als allen anderen überlegen an, befürworteten Kriege, Imperialismus und Kolonialismus. Rassenhygiene war seit Marx und Engels (1849) ein Thema in der sozialistischen Literatur. Lenin verfocht die Ansicht, dass politische Gegner erbarmungslos ausgelöscht werden müssen, was er dann auch unmittelbar nach der Machtübernahme der Bolschewiken in Russland im Jahr 1917 mit einem Netz von über ganz Russland verteilten Konzentrationslagern großflächig umsetzte, eine Strategie, die nach ihm von Stalin noch weiter ausgebaut wurde und später Adolf Hitler beeindruckte und inspirierte. Von den frühen „Sozialisten“, bei Platon angefangen, über Marx und Engels bis hin zu Schriftstellern wie George Bernard Shaw und „Salonkommunisten“ wie Beatrix und Sydney Webb – letzterer Mitbegründer der London School of Economics –

„Sobald der Sozialismus an die Macht kommt, wird für den größten Teil der Menschen Freiheit, Wohlstand und ein gutes Lebensgefühl sehr bald der Vergangenheit angehören.“

befürwortete in der Geschichte fast ausschließlich der Sozialismus den Völkermord und, wie es im modernen Sprachgebrauch heißt, „Eugenics“, sprich die Vernichtung von Leben, das in den Augen der Sozialisten nicht lebenswert ist.

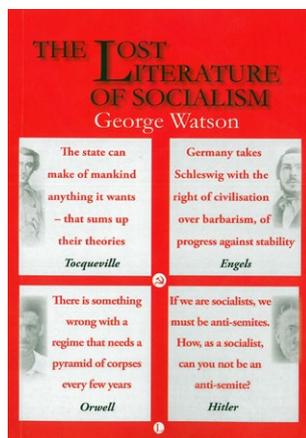
Zur Definition des Begriffs Sozialismus: Der erst im Jahr 1842 geprägte Begriff beschreibt ein von einer kleinen Elite straff geführtes, zentralplanerisches und hierarchisches System, in dem das Individuum nichts gilt, seine Interessen einem diffusen „Gemeinwohl“ unterzuordnen hat, und in dem es kein Privateigentum gibt.

Dies beschreibt jedoch nicht nur die gescheiterten „modernen“ sozialistischen Systeme, wie die der DDR, der Sowjetunion, Kubas oder Venezuelas, sondern letztlich alle feudalen oder aristokratischen Gesellschaftssysteme seit Anbeginn der Menschheit: das Stammessystem der Jäger und Sammler, die „Reiche“ der Antike, Sparta und die späteren Feudalsysteme bis zum Zeitpunkt der „Befreiung“ in den westlichen Ländern im Zuge der Aufklärung.

Da der Sozialismus vom Grundsatz her feudale, hierarchische Strukturen wiederherstellen möchte – nur mit einer neuen „Führungsschicht, nämlich einer politischen Elite anstelle von Königen und Kaisern – galt er bei seinem Aufkommen Mitte des 19. Jahrhunderts allgemein als reaktionäre, konservative Kraft. Letztlich führt Sozialismus zurück in ein Kastensystem mit der politischen Elite als führender Klasse, in einen Despotismus der „Managerklasse“.

Sozialismus in allen seinen Ausprägungen hat immer Fortschritt verhindert. Alle großen positiven Revolutionen erfolgten unabhängig oder sogar gegen den Willen des Kommunismus, sei es die Aufhebung der Sklaverei, die geistige Befreiung nach Reformation und Aufklärung, die Abschaffung des Feudalsystems und der Privilegien sowie die Durchsetzung der Gleichheit vor dem Gesetz.

Die modernen Sozialisten waren zwar sehr effizient in der gewaltsamen Machtübernahme, haben aber niemals die versprochenen Ergebnisse geliefert – ebenso wenig wie vor ihnen alle zentralistischen Systeme des Altertums bis hin zur Neuzeit. Der Lebensstandard der Menschen ist erstmals nachhaltig gestiegen im Rahmen der freiheitlichen Industriellen Revolution, der der „Sozialismus“ dann sogleich den Kampf angesagt hat.



George Watson:
The Lost Literature of Socialism (2nd Edition)
Herausgeber:
Lutterworth Press,
Sprache: Englisch
Taschenbuch, 144 Seiten
ISBN: 978-0718829865

Die größte Befürchtung der Sozialisten war immer, dass der Kapitalismus populär wird, wenn er über die Wohlfahrtsge-
winne hinaus ein menschliches Gesicht bekommt, z. B. über
karitative freiwillige Umverteilung und die freiwillige Einhal-
tung ethischer Grundsätze.

Meisterlich sind die Sozialisten allein bei der Vermarktung
ihrer Ideologie. Völkermord, Rassismus und Antisemitismus
werden heute immer als „rechts“ eingestuft, obwohl solche
Missetaten zuerst und für lange Zeit ausschließlich und ganz
offen von den Sozialisten propagiert und später u.a. von Sta-
lin, Mao und Pol Pot auch großflächig umgesetzt wurden.

Und der vorhandene Wohlstand, der ausschließlich der freien
Marktwirtschaft zu verdanken, und insofern gegen den aus-
drücklichen Widerstand der Sozialisten entstanden ist, liefert
den Sozialisten heute die Basis für ihre „Umverteilungsideen“,
ihre Geschenke und Wohltaten. Der Sozialismus appelliert
dabei erfolgreich an die stärksten und sündhaftesten Gefühle
der Menschen, Neid und Habgier und wiegt die Bevölkerung
in einer falschen Sicherheit.

Die Erfahrung hat leider gezeigt, dass, sobald der Sozialismus
an die Macht kommt, für den größten Teil der Menschen Frei-
heit, Wohlstand und ein gutes Lebensgefühl sehr bald der Ver-
gangenheit angehören. □

Markus Ross



*George Watson, 1927 in Brisbane, Australien, geboren, war unter anderem Fellow in Englisch am St. John's College, Cambridge. Er arbeitete auch für die Europäische Kommission, veröffentlichte eine Reihe von Büchern über Literatur und poli-
tisches Denken, darunter The Literary Critics, und war General Editor der New Cambridge Bibliography of English Literature. Zu seinen weiteren Veröffentlichungen gehören: Never Ones for Theory? England and the War of Ideas (2001); The English Ideology: Studies on the Language of Victorian Politics (2004); Take Back the Past: Myths of the Twentieth Century (2007); The Story of the Novel (2008); und Heresies and Heretics: Memories of the Twentieth Century (2013). Er starb im Jahr 2013.*

AUFRUF

Es ist Zeit, Initiative zu zeigen!

Der Mittelstand liegt uns besonders am Herzen, weshalb wir nach Möglichkeiten suchen, diesen in den Fokus der Gesellschaft sowie der Regierung zu rücken.

Kleine und mittelständische Unternehmen werden zuneh-
mend vom Markt verdrängt, doch nicht, weil sie sich gegen
größere Konkurrenten nicht etwa behaupten könnten, son-
dern unter anderem deshalb, weil sie in vielen Punkten den-
selben behördlichen Regularien unterliegen wie ihre großen
Konkurrenten. Es entsteht der Eindruck, dass eine Ver-
drängung der kleinen und mittelständischen Unternehmen
zugunsten von Großkonzernen stattfindet. Wir sehen diese
Entwicklung äußerst skeptisch und wollen gemeinsam mit
Ihnen gegen diese Entwicklung wirken!

Wir suchen Mitglieder für unsere Arbeitsgruppe Mittelstand,
die sich uns ehrenamtlich anschließen möchten, um etwas zu
bewegen!

Unsere Ziele sind es, Einfluss in die politischen Entwicklun-
gen zu nehmen, dem Mittelstand eine Stimme zu geben und
die Interessen des Mittelstandes gegenüber den Entschei-
dungsträgern zu vertreten!

Erarbeiten Sie mit uns gemeinsam konkret verhandelbar Ziele
oder beteiligen sie sich gemeinsam mit uns an der Gewinnung
weiterer Unterstützer, die unser Vorhaben befürworten und
weitertragen.

Sollten Sie an der Mitarbeit in der Arbeitsgruppe nicht inte-
ressiert sein, jedoch hilfreiche Vorschläge haben, freuen wir
uns auf Ihre Nachricht an mittelstand@atlas-initiative.de! □

Anastasia Wagner und Benjamin Mudlack

*Aus der Mühle schaut der Müller,
Der so gerne mahlen will.
Stiller wird der Wind und stiller,
Und die Mühle stehet still.*

*So geht's immer, wie ich finde,
Rief der Müller voller Zorn.
Hat man Korn, so fehlt's am Winde,
Hat man Wind, so fehlt das Korn.*

So beschrieb Wilhelm Busch das Dilemma der Windmüller. Renoviert und voll betriebsfähig steht Kreuzmanns Mühle in der Gemeinde Werlte und erinnert an alte Zeiten. 1545 erstmals erwähnt, mahlte der eineinhalbstöckige Galerieholländer das Korn – wenn der Wind wehte. Wind- und die meisten Wassermühlen wurden durch elektrische Motoren abgelöst. Kraftwerke liefern immer Strom. Doch dieser Fortschritt soll wieder rückgängig gemacht werden. Doch Windräder und Photovoltaik sind nicht in der Lage, ein Industrieland immer dann mit ausreichend Energie zu versorgen, wenn sie benötigt wird. Gespeichert werden kann sie nicht.



ATLAS INITIATIVE